



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

31. Sitzung vom 20. Juni 2016

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.10 Uhr

Leitung: Christoph Anliker

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt Roy Ewald, Philippe Schaub, Daniel Nyffenegger (GR)

Verspätet Anand Jagtap (ab 19.25 Uhr), Daniel Zimmermann (ab 19.35 Uhr)

Präsident:

Christoph Anliker

Protokoll:

Isabelle Wilhelm

Mitteilungen des Präsidenten:

Christoph Anliker, SVP begrüsst die anwesenden Einwohnerrät/innen, Gemeinderät/innen, Vertreter/innen der Verwaltung sowie die übrigen Anwesenden. Speziell begrüsst er Rahel Bänziger, die Geburtstag feiert und von ihm einen Blumenstrauss überreicht erhält.

Entschuldigt haben sich: Roy Ewald, Philippe Schaub, Daniel Nyffenegger (GR).
Verspätet haben sich Anand Jagtap und Daniel Zimmermann.

So sind zu Beginn der Sitzung 36 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

Es wurden folgende neue Vorstösse eingereicht:

- SVP-Fraktion: Inserat Submission Mittagstisch: Keine Klöpfer mehr für Binninger Schüler?

208

Der Einwohnerratspräsident erklärt zudem, dass die Motion „Liegenschaftskonzept“, bei dem es sich nicht um einen neuen Vorstoss handelt, dem Einwohnerrat als „Tischblatt“ aufgelegt wurde. Dies in Ergänzung zum Geschäft Nr. 100, das auf der heutigen Traktandenliste steht.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker übergibt anschliessend Susanna Keller, SVP, das Wort.

Susanna Keller, SVP informiert, dass sie eigentlich ein dringliches Postulat hätte einreichen wollen. Mit dem Postulat hat der Gemeinderat jetzt aber die Möglichkeit, die Submission Mittagstisch ohne Schweinefleisch, innert nützlicher Frist, bis die Schule im August beginnt, in einen Mittagstisch, bei dem Schweinefleisch und Klöpfer auf den Teller kommen, zu ändern. Die SVP-Fraktion hatte zunächst geglaubt, sie sehe nicht richtig, als sie die Submission ausgeschrieben sah. Die Fraktion ist empört. Dann der Artikel in der Weltwoche. Möglicherweise ist Binningen die erste Gemeinde, die ein dauerhaftes Schweinefleischverbot für alle Kinder einführt, so die SVP. Die SVP erachtet die Angelegenheit als sehr dringlich. Es kann und darf nicht sein, dass Schweinefleisch vom Menüplan gestrichen wird. Schweinefleisch und der Klöpfer sind Bestandteil des schweizerischen Kulturguts und deshalb gehört beides auch auf den Mittagstisch. Bitte denken Sie auch an unsere Schweizer Bauern, so die Rednerin, und an die Produzenten des Schweinefleisches. Könnte es sein, dass wir Schweizer uns einer Kultur anpassen oder umgekehrt? Wer vom Gemeinderat hat das so entschieden? Die SVP beantragt den Gemeinderat sehr dringlich, dass das Schweinefleisch am Mittagstisch schon im August auf den Teller kommt. Wenn der Gemeinderat das sofort ändert oder wenn er das heute Abend zu 100 Prozent versprechen kann - protokolliert - dann zieht die SVP ihr Postulat zurück, andernfalls wird es stehengelassen.

Einwohnerratspräsident erläutert kurz die Traktandenliste und informiert, dass der Gemeinderat Traktandum 7 Revision Vergütungsreglement zurückziehen möchte. Der Einwohnerratspräsident deutet das Kopfnicken des Gemeinderats als ein „JA“. Somit rückt jedes Traktandum ab 8 bis 14 um einen Platz nach vorne, so der Ratspräsident. Der Rest bleibt gleich. Ist der Rat damit einverstanden? *Er ist es.*

1. Genehmigung des Protokolls vom 9.5.2016
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.04.2016
Jahresbericht 2015 und Leistungsberichte 2015 197
 Geschäftskreisführung: Mike Keller

Bericht / Antrag der GRPK vom 02.06.2016 zur Jahresrechnung und zu den Leistungsberichten 2015 197A
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.05.2016:
Rückständebericht 2016 200
 Geschäftskreisführung: Mike Keller
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.05.2016:
Legislaturprogramm 2012 – 2016: Schlussbericht 202
 Geschäftskreisführung: Mike Keller
5. **Bericht der GRPK zur Zusammenarbeit des Gemeinderates** 207
6. **Bericht der GRPK zum Verhalten verschiedener Mitglieder des Gemeinderates und der Verwaltung im Geschäft Mietverhältnis Spitex – Gemeinde – APH und Spitex, Auszug aus dem Altersheim Schlossacker** 206
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats 31.05.201
Revision Vergütungsreglement 203
 Geschäftskreisführung: Mike Keller
8. Bericht / Antrag der **Bau- und Planungskommission** vom 07.04.2016 :
Liegenschaftskonzept: Strategie 100
Mitbericht der GRPK vom 02.06.2016 100A
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.05.2016:
Energiestrategie Binningen 205
 Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.05.2016:
APH Schlossacker: Bauabrechnung 204
 Geschäftskreisführung: Mike Keller
11. Bericht / Antrag der Spezial-Kommission vom 02.05.2016:
Reglement über die Entschädigung von Entlastungsleistungen an die Pflege und und Betreuung zu Hause 175
 Geschäftskreisführung: Heidi Ernst
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.4.2016:
Postulat G. Löhr, SP und S. Keller, SVP: Mobile Jugendsozialarbeit 186
 Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.4.2016:
Postulat SP und Grüne / EVP: Konkretisierung der gesetzlichen Grundlagen zur konsequenten Umsetzung des Verbots sexistischer Plakatwerbung 187
 Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
14. Diversa

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 9.5.2016

Einwohnerratspräsident Anliker erwähnt, dass es Wortmeldungen von Sven Inäbnit gegeben hatte, zu den Abstimmungsverhältnissen bei den Traktanden 3 und 4. Die Korrektur wurde inzwischen vorgenommen. Weitere Wortmeldungen gibt es dazu nicht.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Im Hinblick auf die reich befrachtete Traktandenliste verweist der Einwohnerratspräsident auf die Redezeitbegrenzung von 5 Minuten, sowie bei weiteren Wortmeldungen auf jene von zwei Minuten. Er wird sich erlauben, bei Nichteinhaltung des Gebots, zu intervenieren.

Traktandum 2

Nr. 197

Jahresbericht 2015 und Leistungsberichte 2015

Bericht / Antrag der GRPK vom 02.06.2016 zur Jahresrechnung und zu den Leistungsberichten 2015

197A

EINTRETENSDEBATTE

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker bittet GRPK-Präsident Eduard Rietmann aufs Podest.

Der Einwohnerratspräsident wurde im Vorfeld der Sitzung von *Gaida Löhr, SP*, darum gebeten, dass er anlässlich der heutigen Sitzung bitte klarstellen soll, dass es sich bei 197 und 197A um ein einziges Geschäft handelt, so dass man das Geschäft nicht doppelt beratschlagt. Die aktuelle Darstellung ist aus Sicht von Gaida Löhr verwirrend. Es handelt sich jedoch definitiv um ein einziges Geschäft, unterstreicht der Einwohnerratspräsident.

Das Wort hat *Eduard Rietmann, Parteilos/CVP*: Wenn der Abschluss so gut ist, was soll man als GRPK noch sagen, nebst der normalen Untersuchungen, fragt er in die Runde. Es ist ein erfreulicher Abschluss, aber dennoch hat die GRPK ihre Arbeit natürlich durchgeführt, mit den entsprechenden Bemerkungen. Beim Studium der Unterlagen fällt auf, dass der Jahres- und Leistungsbericht weiter verfeinert worden ist. Auch wurde die Aussagekraft und Übersichtlichkeit weiter verbessert. Die GRPK dankt dem Gemeinderat für die Unterstützung bei den Rechnungskontrollen, der Abteilung Finanzen für die übersichtlichen Unterlagen, speziell Ingrid Haldimann (*Leiterin Finanzen*) für ihren engagierten Einsatz, das ganze Jahr über. Aber auch den übrigen Mitarbeitenden der Verwaltung für die Budgetdisziplin und die Arbeit die das ganze Jahr über geleistet wird, so auch jetzt. Auch ein grosses Merci an *Frau Wilhelm* und *Herrn Bernard Keller*, die beide die Arbeit der GRPK sehr unterstützt haben. Vielen Dank. Zur Rechnung: Wie erwähnt, ist der Abschluss erfreulich. Aber die GRPK wäre nicht die GRPK, wenn sie die Rechnung nicht auch kritisch untersucht hätte. Als erstes müssen die Sondereffekte beachtet werden. Die Rückzahlung von zu viel bezahlten Gebühren an die Kehrichtverbrennung in Basel, die Rückzahlung der Ergänzungsleistungen, die vom Landrat beschlossen worden ist, leider noch nicht der gesamte Betrag, aber auch der Teilbetrag war nicht budgetiert. Und nicht zuletzt muss bedacht werden, dass die Investitionen im vergangenen Rechnungsjahr eigentlich sehr gering waren, weit unter dem Budget. Werden diese Punkte berücksichtigt, bleibt ein Rechnungsüberschuss von ca. CHF 2,1 Mio. Diese CHF 2,1 Mio. sind aber auf nicht planbare Steuereinnahmen zurückzuführen, aber auch die Budgetdisziplin von Gemeinderat und der Verwaltung sind nicht ganz unschuldig, an dem Ergebnis. Bei dem Betrag ist allerdings nicht berücksichtigt, dass der Finanzausgleich, der eigentlich auf der Basis der Rechnung 2015 gerechnet wird, nicht in vollem Umfang berücksichtigt worden ist, es fehlen 1,5 Mio. Darauf möchte er später, beim Antrag der GRPK, nochmals zu sprechen kommen. Alles in allem handelt es sich um einen erfreulichen Rech-

nungsabschluss mit dem erwähnten „Aber“. Einige Bemerkungen zur Arbeit der GRPK: Unter Punkt 2) ist ersichtlich, dass die GRPK verschiedene Geschäfte hat. Punkt 1), 2) und 5) liegen heute in einem Bericht vor. Punkt 3) Überprüfung der Leistungsaufträge ist in Bearbeitung. Der Gemeinderat, Verwaltung und GRPK sind dabei, sämtliche Leistungsaufträge zu hinterfragen. Wo nötig werden sie den heutigen Gegebenheiten angepasst. Gerne wären die Beteiligten bei dem Geschäft weiter. Der Aufwand ist jedoch grösser als geplant. Zu Punkt 4), §41: Eine Subko der GRPK aber auch Gemeinderat und Verwaltung haben sich intensiv mit der Erneuerung des §41 befasst. Der Grund ist, dass er unter HRM2 angepasst werden muss. Es hat sich gezeigt, dass es nicht einfach ist, den §41 anzupassen. Es müssen dazu verschiedenen Reglemente auch noch angepasst werden. Unter anderem das Finanz – oder auch das Einwohnerreglement. Die GRPK hat das Budget 2016 und die jetzige Rechnung 2015 mit einer geänderten Struktur geprüft. Die Änderung wurde als Versuch für ein Jahr von der GRPK eingeführt. Aus seiner eigenen Sicht (*E. Rietmann*) hat sich die Umstellung bewährt. Ob die Arbeitsweise beibehalten wird, muss natürlich in der neuen Legislatur entschieden werden. An der Stelle geht ein grosses Danke an die Mitglieder und Ersatzmitglieder der GRPK, der letzten Jahre. Aus seiner persönlichen Sicht waren die letzten vier Jahre sehr arbeitsintensiv. Es wurden einige nicht geplante Themen aufgegriffen und es wurden einige zusätzliche Sitzungen eingeschoben. Auch diverse Subkos haben viel Arbeit geleistet. Persönlich als GRPK-Präsident bedankt er sich bei allen Mitgliedern für die Unterstützung, er dankt auch für die kritischen, sachlichen Einwände, über alle vier Jahre. Vielen Dank in die Runde! Die Anträge der GRPK: Die GRPK beantragt dem Einwohnerrat, die Anträge des Gemeinderats *tel quel* zu übernehmen. Mit Ausnahme des zusätzlichen Antrags. Hintergrund des besagten Antrags ist ein rein buchhalterischer, wie man so schön sagt: Unter HRM2 wird die *Maxime true and fair* gross in den Vordergrund gestellt. Das ist einer der ersten Sätze im Handbuch. Das bedeutet, dass die Rechnung richtig und wahr dargestellt werden soll. Im Fachjargon: Grundsatz der Richtigkeit und Willkürfreiheit. Anders ausgedrückt: Alles, was im vergangenen Jahr passiert ist, Kosten und Erträge, soll auch im alten Jahr verbucht werden, alles was im neuen Jahr passiert, wird im neuen Jahr verbucht. Vorher hat er erwähnt, erinnert der Redner die Anwesenden, dass der Finanzausgleich auf der Basis der Jahresrechnung stattfindet. Aber er wird erst im Folgejahr belastet. Das heisst, 2015 hat Binningen den Finanzausgleich belastet bekommen, der im 2014 angefallen ist. Und heute weiss man, das 2015 CHF 1.5 Mio. mehr anfallen. In einem normalen Geschäft – und vorausgesetzt man würde *true and fair* durchziehen – dann müssten die CHF 1.5 Mio. transitorisch abgebucht bzw. gebucht im alten Jahr gebucht werden. Das darf Binningen aber nicht, es gibt dazu einen Regierungsratsbeschluss. Die GRPK ist der Meinung, dass der Beschluss des Regierungsrates keine rechtliche Grundlage hat und bittet aus dem Grund den Gemeinderat abzuklären, woher der Regierungsrat die Kompetenz nimmt und wenn nötig – falls diese nicht vorhanden ist – diese aufzuheben. Soviel zum Antrag 10, den die GRPK stellt.

Bettina Benthous, SP bedankt sich bei Ingrid Haldimann für die transparente und sehr gut lesbare Rechnung. Ebenfalls bedankt sie sich bei Eduard Rietmann, fürs Verfassen der GRPK-Berichte. Die SP-Fraktion ist einerseits sehr erfreut über den positiven Abschluss. Andererseits verfällt sie auch nicht in grosse Begeisterung. Die CHF 8,6 Mio. sind für die Fraktion eher ein zufälliger Glücksfall oder ein aussergewöhnlicher Sonderfall. Den Überschuss erklärt sich die SP unter anderem damit, dass die Gemeinde Binningen sehr wenig investiert hat, im letzten Jahr. Jetzt stehen die grösseren Investitionen an. Es ist wichtig, das Geld für die bevorstehenden Investitionen – ganz besonders für Schulhausbauten – auf die Seite zu legen. Auch die ungelösten Probleme der Verschuldung und der Schuldenbremse gemäss §41 und Liegenschaftsstrategie müssen noch geregelt werden. Weiter stehen Gebäudesanierungen an und man weiss noch nicht, was die leerstehenden Spitex-Räume im APH kosten werden. Das mit den unvorhersehbaren höheren Steuereinnahmen, wie gehört, kann sich schnell wieder ändern. Wenn man den Baz-Artikel vom 15. Juni liest, werden die verärgerten Besitzer der Liegenschaften oberhalb des Stamm-Areals bald wieder wegziehen. Aber der Bericht der GRPK liest sich nicht euphorisch und der stammt ja immerhin von einer mehrheitlich bürgerlichen Kommission unter einem bürgerlichen Präsidenten. Für die SP-Fraktion ist also die positive Rechnung 2015 kein Grund, auch nur im Entferntesten an eine Steuerensenkung zu denken. Man könnte höchstens bei den allgemeinen HÜP-Sparmassnahmen ein bisschen zurückhaltender sein. Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen der GRPK zu.

Christoph Maier, FDP, nimmt ganz kurz zur Rechnung Stellung. Im Wesentlichen kann sich die FDP dem Bericht der GRPK anschliessen und unterstützt alle Anträge. Eine kleine Bemerkung an die Adresse seiner Vorrednerin: Die APH-Zusatzkosten etc. fallen beim APH an und nicht bei der Gemeinde. Die HÜP-Sparmassnahmen sind unter anderem bei der Rechnung eingeflossen und haben dazu beigetragen, dass sie jetzt so positiv ausfällt.

Karl J. Heim, CVP erklärt, dass sich die CVP-Fraktion im Wesentlichen den Ausführungen des GRPK-Präsidenten anschliessen kann. Sie bedankt sich für die umfangreiche Arbeit von Frau Haldimann sowie weiterer Personen, für die detaillierte Rechnung. Die CVP geht einig damit, dass man sich nicht zu sehr über den positiven Rechnungsabschluss darf freuen, weil doch ein ansehnlicher Teil wahrscheinlich in die Sanierung der landwirtschaftlichen Pensionskassen fliessen werden muss. Auch ist wichtig, dass die Haushaltsüberprüfungen weitergeführt werden, denn dort gilt es weiter Geld zu sparen. Die CVP fordert den Gemeinderat ebenfalls auf, sich gegen willkürliche Entscheidungen des Regierungsrats zu wehren. Dieser hat aufgrund fehlender Gesetzesgrundlagen ein Rückstellungsverbot beim Finanzausgleich verfügt.

Rahel Bänziger Grüne / EVP stimmt ihren Vor-Vor-Vorrednerinnen- und Rednern zu, was die Rechnung anbetrifft. Diese sieht nicht gut aus. So wurden einige anstehende Ausgaben zurückgestellt. Einige Projekte wurden nicht in Angriff genommen, wie geplant. Die *(nicht durchgeführten)* Projekte schlagen aus dem Grund natürlich auch nicht zu Buche. Die Grüne/EVP ist nicht euphorisch und möchte das Geld sorgfältig und wohlüberlegt einsetzen. Erste Priorität hat daher die Schulraumplanung und die Bereitstellung von Geldern für neue Schulhausbauten. Später – bei der Besprechung des Legislaturprogramms – möchte sie auf die nicht in Angriff genommenen Projekte nochmals zu sprechen kommen.

Urs Weber, SVP möchte sich ebenfalls für die Arbeit bei den Jahresberichten bedanken. Das meiste wurde schon gesagt. Die SVP ist erfreut, dass ein Plus gemacht wurde. Es stimmt ihn euphorisch, dass es so weitergehen soll. Mit solchen Rechnungen darf die Gemeinde wohl positiv in die Zukunft blicken.

Roger Moll, Parteilose möchte Stellung nehmen zur allgemeinen Steuerentwicklung der Gemeinde. Die Tendenz zeigt, dass die ganze Angelegenheit aufgrund des GRPK-Berichts positiv gewertet werden darf. Er sieht das nicht so negativ, wie seine Vorredner. Voraussehbar erscheint ihm, dass ein leichter Anstieg der Steuereinnahmen in Zukunft möglich ist. Rückstellungen von zu tätigen Investitionen sind je nach Dossier ein gefährliches Unterfangen, da oft eine Verteuerung eintreten kann. Setzt sich jedoch eine Tendenz der Stabilisierung der Steuereinnahmen fort, so könnten anstehende Finanzierungen der zu erfüllenden Infrastrukturen dank Vorfinanzierungen und mit mehr Eigenkapital bewältigt werden. D. h. es kann eine verringerte Verschuldung eintreten. Dies wiederum bedeutet im Glücksfall keine weitere Steuererhöhung. Soviel zum Stand der Finanzen der Gemeinde. Zu bemerken ist, dass bei der Umsetzung des neuen Bedarfs für den Schulraum zu viel Zeit verstrichen ist, denn die Provisorien sind nicht eben günstig. Nach dem Volksentscheid Harnos wusste man was auf die Gemeinde zukommen wird. Die Gemeinden Allschwil und Reinach haben ihre Hausaufgaben gemacht und die neuen Räume sind nach den Sommerferien bezugsbereit. Binningen hingegen muss möglicherweise noch zusätzliche Provisorien erstellen, was wiederum den Finanzhaushalt belastet. Ansonsten stellen wir fest, dass sparen eine Notwendigkeit ist, das heisst: Bei allen neuen Investitionen sollte die Frage im Vordergrund stehen: "Ist eine Neuinvestition eine Wunschvorstellung oder brauchen wir sie wirklich"?

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP bedankt sich für die positive Aufnahme des Jahresberichts und der Jahresrechnung. Er möchte zwei Rückmeldungen zu Korrekturen geben, die ins Protokoll einfliessen sollen: Zum einen ist im Jahresbericht der Verwaltung und des Gemeinderats auf Seite 46 die Musikschule aufgeführt. Dort hat es einen Formulierungsfehler. Es heisst korrekt: *Der Aufwand ist um 12'000 Franken tiefer ausgefallen. Einnahmeseitig ist ein Mehrertrag von 69'000 Franken zu verzeichnen.* Soweit die eine Meldung. Die zweite Meldung betrifft den Bericht der GRPK zur Rechnung 2015, Seite 6,

die Erläuterungen zur Kehrrichtabfuhr. Es wird ausgeführt: *Der Aufwand der Kehrrichtabfuhr liegt 30'000 Franken unter Budget. Dies resultiert einerseits davon, dass 2'400 Tonnen weniger Kehricht abgeführt werden mussten.* Es sind dies nun aber nicht 2'400, korrigiert der Gemeindepräsident, sondern die Differenz beträgt korrekt 95 Tonnen.

Der Einwohnerratspräsident lässt über die einzelnen Anträge der Rechnung abstimmen, die deckungsgleich sind mit den Gemeinderatsanträgen. Der Rat ist mit dem Vorgehen einverstanden.

://: Der Einwohnerrat nimmt sämtliche Anträge der GRPK an.

Sie lauten wie folgt:

BESCHLUSS

1. Die Leistungsberichte werden genehmigt. *(einstimmig)*
2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 38 784 883 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):
(einstimmig)

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	1 865 722
- Steuern	CHF	714 313
- Gesundheit	CHF	5 362 039
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 214 817
- Bildung	CHF	15 880 082
- Öffentliche Sicherheit	CHF	820 401
- Soziale Dienste	CHF	7 814 898
- Verkehr, Strassen	CHF	2 390 334
- Versorgung, Umwelt	CHF	788 263
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	-65 986
3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 38 814 314 werden genehmigt.
(einstimmig)
4. Die laufende Rechnung 2015 mit Aufwendungen von CHF 80 318 512, Erträgen von CHF 80 347 944 und einem Ertragsüberschuss von CHF 29 431 (gerundet) wird genehmigt.
(einstimmig)
5. Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage in die Vorfinanzierung für Schulraumbauten im Betrag von CHF 8 600 000.
(einstimmig)
6. Ergebnisverwendung
Der Ertragsüberschuss 2015 von CHF -29 431 wird wie folgt verwendet:
Verrechnung mit dem Eigenkapital
(einstimmig)
7. Die Bilanz 2015 mit Aktiven und Passiven von jeweils CHF 88 231 971 wird gemäss Anhang XI genehmigt.

8. Die Investitionsrechnung 2015 mit Ausgaben von CHF 3 396 491, Einnahmen von CHF 447 487 und Nettoinvestitionen von CHF 2 949 005 (gerundet) wird zur Kenntnis genommen.
(*einstimmig*)
 9. Der Soll-Stellenplan Kat. A mit einer Auslastung von 10'091.02 wird genehmigt.
(*einstimmig*)
 10. Der Gemeinderat wird beauftragt, sich beim Regierungsrat für eine Änderung der Rechnungsvorschriften einzusetzen mit dem Hinweis, dass dafür die notwendige Gesetzesgrundlage fehlt (damit das Rückstellungsverbot für den Finanzausgleich aufgehoben wird).
Enthaltung: 1, Ja: 35
-

Traktandum 3

Nr. 200

Rückständebericht 2016

EINTRETENSDEBATTE

Gaida Löhr, SP erinnert den Rat daran, mit dem Rückständebericht – so steht es zumindest am Anfang der Vorlage – dem Einwohnerrat zur Kenntnis zu bringen, wo die Geschäfte, die im Laufe der Jahre überwiesen worden sind, stehen. Das macht auch Sinn. Es erstaunt daher, dass die Geschäfte so „alt“ sind. Das älteste der Geschäfte datiert aus dem Jahre 2005, es hat somit das reife Alter von 11 Jahren erreicht. Ca. 10 Geschäfte haben eine ganze Legislatur überdauert und stammen aus der vorangehenden Legislatur, sind somit über vier Jahre alt. Scheinbar handelt es sich um Geschäfte die komplex und schwierig sind. Sonst hätten sie ja nicht so viel Zeit und Mühe in Anspruch genommen, folgert die Rednerin. Soweit kann sie das Ganze auch nachvollziehen. Mühe hat sie jedoch damit, dass ausgerechnet sechs Geschäfte der SP als „erledigt“ abgeschrieben werden sollen. Üblicherweise erwartet man nach Einreichen eines Geschäfts zuerst eine Vorlage, bei der das Geschäft nochmals ersichtlich ist, auch gibt es normalerweise eine Stellungnahme des Gemeinderats dazu. Im vorliegenden Fall geht es darum, summarisch das Ganze abzuschreiben, ohne dass man das Geschäft nochmals vor Augen bekommt. Es gibt nur noch die Stellungnahme des Gemeinderats, die zudem sehr kurz gehalten wird. Das scheint ihrer Fraktion nicht eben ein seriöses Vorgehen. Stossend wird es bei den Geschäften zur Bauverwaltung. Dort hat der Gemeinderat ein Geschäft vorgelegt, dieses wurde vom Einwohnerrat als „ungenügend“ zurückgewiesen. Und jetzt soll ein sehr viel kürzeres Geschäft einfach abgeschrieben werden und somit als erledigt betrachtet werden. Das kann es ja wohl nicht sein, erbst sich die Rednerin. Die SP stellt deshalb den Antrag, dass der Rückständebericht zur Kenntnis genommen wird und keines der vorgeschlagenen Geschäfte als erledigt abgeschrieben wird. Es wurden viele Sitzungen abgehalten, an denen es möglich gewesen wäre, ein kurzes Geschäft noch zu behandeln. Inzwischen sind es sehr viele Geschäfte geworden, man hat zu wenig Zeit dafür und die Grundlagen sind unseriös. *Gaida Löhr* möchte *in globo* darüber abstimmen lassen, ob der Rat die sechs Geschäfte möchte stehen lassen oder nicht.

Der Einwohnerratspräsident lässt über den Antrag abstimmen lassen:

ANTRAG SP: Es werden folgende Vorstösse als erledigt abgeschrieben:

- 3.1. Postulat FDP: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit (34/IX)
- 3.2. Motion SVP: Begrünung der Betonwände beim Binniger Schloss (166/X)
- 3.3. Postulat SP: Infocard – die Karte für Engagement (195/X)
- 3.4. Postulat SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen (213/X)
- 3.5. Postulat Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters (216/X)
- 3.6. Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte) (118/XI)

://: Die Vorstösse werden *in globo* nicht abgeschrieben.

Ja: 35, Nein: 2, Enthaltung: 1 (38 Anwesende)

Einwohnerratspräsident Ch. Anliker betont, dass der Rückständebericht somit erledigt ist, weil es sich beim Rest um Kenntnisnahme handelt.

Philippe Spitz, SP moniert, dass es sich nicht um ein korrektes Vorgehen handelt. Der Antrag von Gaida Löhr hatte ja einen Hintergrund. „Nicht durchwinken“ ist nicht dasselbe wie eine Zustimmung zum Antrag. Er fordert den Einwohnerratspräsidenten deshalb auf, den Antrag zur Abstimmung zu stellen, damit darüber abgestimmt wurde. Der Einwohnerratspräsident antwortet, dass er den Antrag gar nicht schriftlich vorliegen hat, weshalb er ihn falsch verstanden hat.

Manuel Mohler, FDP wenn man *in globo* über die Abschreibung der Postulate und Motionen stimmt, dann ist das auch keine Einheit der Materie. Das Vorgehen ist so nicht richtig. Er möchte Philippe Spitz in seinem Votum unterstützen.

Der Einwohnerratspräsident fordert die Antragsstellerin auf, ihm den Antrag sauber formuliert nachzureichen.

Gaida Löhr, SP präzisiert, dass ihre Idee war, beim Antrag darüber abzustimmen, ob die sechs Geschäfte „global“ nicht abgeschrieben werden. Daher muss das Stichwort „global“ im Antrag stehen.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker wundert sich über die Formulierung, denn er ist der Ansicht, dass man jetzt genau darüber abgestimmt hat...?

Gaida Löhr, SP, so wie es Christoph (Anliker) gesagt hat, wurde nicht darüber abgestimmt, ob man eine Globalabstimmung macht oder nicht. Das ist eigentlich der Punkt, den Philippe (Spitz) versucht hat zu erklären.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker versichert sich bei der Rednerin, ob es richtig ist, dass er zuerst die Frage stellen muss, ob alle damit einverstanden sind, dass man darüber „global“ abstimmt..?

Die Antragstellerin bestätigt das Vorgehen.

Der Einwohnerratspräsident lässt über die Frage „ob alle damit einverstanden sind, dass man darüber *global*“ *abstimmt*, abstimmen.

BESCHLUSS:

Einstimmig

Danach lässt der Einwohnerratspräsident *in globo* darüber abstimmen, ob die Geschäfte abgeschrieben werden sollen.

- 3.1. Postulat FDP: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit (34/IX)
- 3.2. Motion SVP: Begrünung der Betonwände beim Binninger Schloss (166/X)
- 3.3. Postulat SP: Infocard – die Karte für Engagement (195/X)
- 3.4. Postulat SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen (213/X)
- 3.5. Postulat Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters (216/X)
- 3.6. Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte) (118/XI)

BESCHLUSS:

://: Die Vorstösse werden nicht abgeschrieben

Einstimmig

Sodann fragt der Einwohnerratspräsident, ob es in Ordnung ist, wenn die restlichen Geschäfte, die nicht abgeschrieben wurden, *in globo* zur Kenntnis genommen werden.

://: Der Rückständebericht wird zur Kenntnis genommen.

Ja: 35, Nein: 1, Enthaltungen: 2

BESCHLUSS

://: Folgende Vorstösse werden nicht abgeschrieben:

- 3.1. Postulat FDP: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit (34/IX)
- 3.2. Motion SVP: Begrünung der Betonwände beim Binninger Schloss (166/X)
- 3.3. Postulat SP: Infocard – die Karte für Engagement (195/X)
- 3.4. Postulat SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen (213/X)
- 3.5. Postulat Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters (216/X)
- 3.6. Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte) (118/XI)

://: Der Rückständebericht wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 4

Nr. 202

Legislaturprogramm 2012 – 2016: Schlussbericht

EINTRETEN

Sven Inäbnit, FDP bezeichnet das Legislaturprogramm welches der Gemeinderat 2012 präsentiert hat, als ein sehr ehrgeiziges Programm. Es handelt sich um die eigene Agenda des Gemeinderats. Er selbst hat sie festgelegt. Wie der Gemeinderat im Legislaturprogramm-Schlussbericht richtig schreibt muss er sich daran auch selbst messen lassen. Die FDP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass einiges zielgerichtet umgesetzt wurde, anderes wurde eher zielgerichtet nicht umgesetzt. Ihm und seinen Kollegen ist wohl bewusst, dass die Schwerpunkte natürlich von Fraktion zu Fraktion ziemlich unterschiedlich betrachtet werden. Das liegt in der Natur der Sache. Auch ist es schwierig, eine Gesamtbilanz zu ziehen. Einerseits schätzt es seine Fraktion, dass daran gearbeitet wurde. Einiges wurde realisiert, wie gesagt. Andererseits wurde leider auch viel Energie verpufft, die für Sachthemen hätte eingesetzt werden können. Er möchte bei der Gelegenheit auf ein späteres Traktandum des heutigen Abends verweisen. Hätte man diese Themen nicht gehabt, so wäre man wahrscheinlich bei den Legislatorschwerpunkten im einen oder anderen Bereich weiter gekommen. Insbesondere, wenn er sich auf die Arbeitsschwerpunkte bezieht, auf Seite 4. Dort steht unter 2.) „Vertrauen bilden“; das ist doch sicher ein wesentlicher Punkt, der leider im Gemeinderat nur punktuell gelungen ist, in der letzten Legislatur. Aber bezüglich Sachthemen zieht die FDP folgende kurze Bilanz: Positiv aufgefallen ist, dass im Bereich Zivilschutzverband Leimental deutlich vorwärts gegangen ist. Die öffentliche Sicherheit generell wurde gut bearbeitet, dann

wurden auch die Energieziele erreicht. Man hat sich zwar gefragt, ob das Funktionieren der Gemeinde besser ist, wenn man ein Energiekonzept hat. Aber immerhin, das wurde bearbeitet und durchgeführt. Die Einführung HRM2 war eine Herausforderung. Es besteht mit dem §41 noch eine Pendezenz, aber auch das ist über die Bühne gegangen. Fortschritte und Ziele erreicht worden sind im FEB und bei der Spitex. Generell kann gesagt werden, dass es eine grosse finanzielle Herausforderung gegeben hat in der letzten Legislatur. Das hat es bei den Arbeitsschwerpunkten noch nicht geheissen. Er selbst ist darauf gespannt, ob es bei der nächsten Legislatur erwähnt wird. Wenn der Gemeinderat gewusst hätte, wieviel Arbeit und Energie er einsetzen muss für diesen Punkt, dann wäre das bei den Arbeitsschwerpunkten wahrscheinlich prominenter hervorgehoben worden. Wo Licht ist, ist auch Schatten: Die FDP setzt Fragezeichen bei den folgenden Themen: WoV, die Grundsatzfrage ist noch immer ungeklärt. Die FDP ist noch immer der Ansicht, dass das *ungeliebte Kind* zur Adoption frei gegeben werden sollte. Bei den Ausenbeziehungen zieht die FDP eine durchgezogene Bilanz. Die Beziehung und Zusammenarbeit mit Basel könnte / sollte intensiviert werden. Das ist nicht ganz gelungen, nach den Zielen der Legislatur. Man hat auch im Süden einen Nachbarn, zu dem noch immer ein belastetes Verhältnis besteht. Dort sollten Fortschritte erzielt werden. Basel – vor allem bei den Verkehrsproblemen, der Dorenbachkreisel und die Elba-Planung – hier ist es wichtig, dass man mit Bottmingen und Basel zusammenarbeitet. Es reicht nicht, nur darauf hinzuweisen, dass es sich um eine kantonale Angelegenheit handelt und dass der Kanton Baselland sich darum kümmern soll. Die FDP wünscht, dass die Gemeinde Binningen wesentliche Impulse setzt. Bei den sozialen Diensten war die Fraktion erstaunt, dass die Ziele nicht so weit fortgeschritten sind. Punkto Beschäftigung sind die Konzepte mit den Nachbargemeinden nicht möglich. Bei den Massnahmen für Kinder wurde auch nicht alles umgesetzt. Die gesellschaftliche Integration ist, Zitat: „pendent“. Das sind eigentlich wichtige Punkte, bei denen eher wenig Wirkung erzielt wurde, in der ablaufenden Legislatur. Beim Tiefbau- und Verkehr gehört auch die InterGGA dazu. Es wird von der FDP nicht geschätzt, dass man mit dem Prozessrisiko, in die nächste Legislatur gehen muss, wie es dies bereits thematisiert wurde. Hochbau- und Umwelt, die Angelegenheit Ortsplanungsrevision und Zonenplan passt der FDP nicht, was an der Stelle aber nicht wiederholt werden muss. Es wurde in den Medien thematisiert. Licht und Schatten ist die Bilanz der FDP, wiederholt der Redner. Der Fraktion ist es sehr bewusst, dass es sehr schwierig ist, in einem Gemeinderat während vier Jahren nachhaltig und kontinuierlich mit der gleichen Energie immer zu arbeiten. Das muss gewürdigt werden. Es handelt sich um ein Milizsystem, was wichtig zu erwähnen ist. Und ein Milizsystem kommt ab und an seine Grenzen. Der Redner äussert den Wunsch, dass der Einwohnerrat bei der nächsten Legislatur die nötigen Schwerpunkte leiten kann. Auch, dass man bald ein neues Programm erhält, bei dem man schon jetzt gespannt ist zu erfahren, was dannzumal auf der Agenda des Gemeinderats steht.

Severin Brenneisen, SP findet, dass das Legislaturprogramm 2012-2016 mit einem grossen Ziel (zeigt auf das vor ihm liegende „Heft“) angefangen hat. Damals hatte man eine Vision. Man wollte eine Vision erarbeiten. Leider ist davon nichts umgesetzt worden. Das steht auch so im Bericht. Das findet die SP-Fraktion schade. Mit der Vision wäre es möglich gewesen, zukunftsgerichtet, visionär in die Zukunft blickend Probleme anzugehen, sie frühzeitig zu erkennen, wie etwa die Schulhäuser, für die es zu wenig Platz gibt usw. Das wäre damals bestimmt eine grosse Hilfe gewesen. Ein weiterer Schwerpunkt war eine gute Beziehung zu den Nachbargemeinden zu pflegen, das steht ebenfalls im Bericht. Man kann nicht sagen, dass dies passiert ist, umso mehr, wenn man am Schluss mit den Nachbarsgemeinden vor Gericht ziehen muss. Das ist schade, die Gründe sind bekannt. Schade ist aber, dass man es nicht verhindern konnte. Es geht viel Geld und Energie verloren. Die Frage nach dem „weshalb dies alles passiert ist“, also, weshalb die Visionen nicht umgesetzt werden konnten oder die einzelnen Punkte nicht umgesetzt werden konnten, kann sicherlich mit der grossen Belastung des Gemeinderats erklärt werden, mit den Sparübungen, den KaP-Massnahmen, die ein Auftrag des Einwohnerrats an den Gemeinderat waren. Damals war damals natürlich noch nicht in der vollen Konsequenz absehbar, wie viel Kraft und Energie das alles benötigen würde. Tatsache ist, dass es sicher sehr viel Zeit und menschliche Ressourcen in Anspruch genommen hat. Das Jugend- und Kinderkonzept ist leider ganz am Anfang, trotz der vielen neuen Zuzüger mit Kindern, mit Jugendlichen. Es ist der SP ein grosses und wichtiges Anliegen, dass der neue Gemeinderat in dem Bereich vorwärts macht. Es soll dort ziel- und termingerecht ein neues Resultat erreichen. Dies auch im speziellen Hinblick auf das Jugendzentrum, bei dem noch die

eine oder andere Überlegung ins Konzept einfließen muss. Nichtsdestotrotz bleibt die Hoffnung bestehen, dass der Gemeinderat die Ziele und Visionen etwas schneller in Angriff nehmen und umsetzen kann als bisher. Auch dass er an sein Versprechen denkt, Bevölkerung, Vereine, Parteien etc. bei den Visionen mit einzubeziehen, damit sich diese damit identifizieren kann.

Anand Jagtap, Grüne / EVP kommentiert die Bilanz der Legislaturplanung als zwiespältig. Auch für seine Fraktion ist es schade, dass die visionären Projekte nicht verwirklicht werden konnten. Es ist symptomatisch, dass es ausgerechnet die Projekte sind, die sehr auf dem Boden geblieben sind. Das zeigt, dass die Gemeinde in den letzten vier Jahren sehr stark mit sich selbst beschäftigt war und vielfach der nötige Weitblick für einen Aufbruch gefehlt hat. Seine Fraktion hofft, dass es in der neuen Legislatur anders sein wird. In einer komplizierten Welt mit immer komplexeren Herausforderungen ist es wichtig, dass man einen Weitblick hat, so der Redner. Vielleicht war das „Fuder auch überladen“, in dem Sinne, dass das Legislaturprogramm zu breit aufgestellt worden war, um es auch tatsächlich umzusetzen. Auch dies ist bestimmt eine Lehre, die man gezogen hat und die man in die neue Legislatur mitnehmen kann. Alles was jetzt nicht umgesetzt werden konnte, ist keine verlorene Zeit. Der neue Gemeinderat kann dies in sein neues Legislaturprogramm aufnehmen. Aufgefallen und gefreut hat seine Fraktion, dass im Umweltbereich viel passiert ist. Das ist eigentlich erstaunlich, denn gerade in dem Bereich wurde ja auch viel gespart.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme und vor allem auch für die offenen und konstruktiv-kritischen Rückmeldungen. Es ist tatsächlich so, bestätigt der Gemeindepräsident, dass die Messlatte der Ziele sehr hoch angesetzt worden sind. Wie erwähnt, wurden innerhalb der letzten vier Jahre notwendig oder haben sich ergeben, die damals, beim Erstellen des Programms, noch nicht auf dem „Radar“ waren. Deshalb hat es nicht für alle gereicht, für die einen Geschäfte war es gut, für andere wiederum unglücklich, das irgendwo etwas nicht erledigt werden konnte.

Der Blick in die Zukunft ist sehr wichtig und beschäftigt den Gemeinderat in allen seinen Diskussionen immer wieder. Es wurde versucht, dies in dem Schlussbericht darzustellen. Es ist wirklich ein grosses Projekt. Der Gemeinderat stand oft vor der Situation, dass er zwar etwas initialisiert hatte, dass die Sache dann aber „überholt“ wurde. Im Budget 2016, also für das laufende Jahr, wurden entsprechende Schritte eingestellt, wie sich vielleicht manche im Rat erinnern mögen. Der jetzige Gemeinderat hat beschlossen, dass das Projekt vom neuen Gemeinderat initialisiert wird.

BESCHLUSS

:/: Der Schlussbericht des Gemeinderats zur Umsetzung des Legislaturprogramms 2012–2016 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 5

Nr. 207

Bericht der GRPK zur Zusammenarbeit des Gemeinderates

EINTRETEN

GRPK-Präsident Eduard Rietmann Parteilos/CVP tritt erneut ans Rednerpult und erläutert den Bericht. Die Gesamt-GRPK hat sehr intensiv darüber diskutiert, ob der Bericht dem Einwohnerrat und damit der Öffentlichkeit vorgelegt werden soll oder ob die GRPK die Erkenntnisse intern mit dem Gemeinderat diskutieren soll. Die GRPK hat beschlossen, den Bericht dem Einwohnerrat vorzulegen. Aus verschiedenen Gründen. Unter anderem ist die GRPK der Meinung, dass die Mitglieder des Gemeinderats im Auftrag und für die Öffentlichkeit arbeiten. Auch wenn die Sitzungen des Gemeinderats nicht öffentlich

sind, so ist doch das Interesse gross, an der Art und Weise, wie der Gemeinderat arbeitet und ob er dies im Interesse der Allgemeinheit macht. Die GRPK hätte gerne einer Gemeinderatssitzung beigewohnt. Das wurde aber abgelehnt. Deshalb musste die GRPK einzelne Arbeitsabläufe hinterfragen und versuchte, diese zu kontrollieren. Gemeinderat und GRPK haben in den letzten Jahren viel Zeit damit verbracht, wie die GRPK ihre Kontrolltätigkeit wahrnehmen kann, ohne dass der Gemeinderat gegen irgendwelche Datenschutzartikel verstösst. Es wird immer wieder vergessen, dass die Mitglieder der GRPK dem Amtsgeheimnis unterstehen. Wie der Gemeinderat, wie die Verwaltung und wie die übrigen Kommissionsmitglieder, die auf der Gemeinde tätig sind. Mitglieder der Subko und der GRPK aber auch Mitglieder des Gemeinderats haben sehr viel Zeit in die Befragung des Berichts investiert. Wie erwähnt ist viel Energie verbraucht worden für Abklärungen. Darf die GRPK etwas Bestimmtes kontrollieren oder darf es nicht? Im Gemeindegesetz §102 unter *Aufgaben* heisst es: „...prüft die Tätigkeiten aller Gemeindebehörden...“. Leider besteht ein erheblicher Unterschied in der Auffassung, was die sog. *Gemeindebehörden* sind und was „*aller*“ heisst. Leider besteht der Unterschied nicht nur zwischen GRPK und Gemeinderat sondern zusätzlich auch noch mit den Juristen im Kanton. Das die Kontrolltätigkeit der GRPK mit einem vernünftigen Arbeitsaufwand wahrgenommen werden kann, muss zwischen der GRPK und dem Gemeinderat eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bestehen. Das setzt jedoch voraus, dass die Zusammenarbeit im Gemeinderat harmonisiert. Anfangs 2015 ist es zwischen dem Gemeinderat und der GRPK zu einer Aussprache stattgefunden. Wie kann die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen den beiden Organisationen verbessert bzw. wie kann das Vertrauen erhöht werden. Aus den Gesprächen heraus sind einige Fragen offen geblieben. Deshalb wurde beschlossen, die Zusammenarbeit im Gemeinderat zu hinterfragen. Der detaillierte Ablauf und die Auswertung der Befragung aus Sicht der GRPK kann im Bericht nachgelesen werden. Drei Bemerkungen zum Schluss: Die GRPK hätte sich über eine Einladung zu einer Gemeinderatssitzung gefreut. Leider wurde die GRPK aber nicht eingeladen, weshalb sie über eine solche Erfahrung nicht berichten kann. Beim Bericht der GRPK handelt es sich um eine Aussensicht. Es ist die Sicht der sieben Mitglieder des Gemeinderats, wie sie sie gegenüber der GRPK vertreten haben, zumindest ist diese Sicht bei der GRPK so angekommen. Es ist durchaus möglich, und das muss man zugestehen, dass Mitglieder des Gemeinderats in einigen Punkten das anders sehen und zu anderen Schlüssen kommen. Die GRPK ist sich bewusst, dass die Situation die vergangene Legislatur betrifft. Sie wünscht sich für die kommende Legislatur, dass der Bericht – der nun vorliegt – eine reine Vergangenheitsbewältigung ist. Persönlich zeigt sich der Redner überzeugt, dass die Akteure der kommenden Legislaturperiode, vertrauensvoll zusammenarbeiten können. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil die GRPK die Problematik im Bericht angesprochen hat. In dem Sinne wünscht er allen einen guten Start in die neue Legislaturperiode.

Peter Heiz, FDP verdankt den Bericht der GRPK. Der Bericht, schildert der Redner, hat sehr viele Kräfte über längere Zeit gebunden, wie erwähnt. Die Rede war auch von der zunehmenden Belastung der Behörden. Es ist ein Bericht, der nur ein kleines Fenster aufgemacht hat in die Amtsstube, das ja sonst verschlossen ist – zu Recht oder zu Unrecht, darüber kann man diskutieren. Es kann auch ewig darüber diskutiert werden, ob ein solcher Bericht veröffentlicht werden muss oder ob man ihn nicht hätte intern mit den Gemeinderäten besprechen können. Einige Schlüsselberichte sind für die FDP-Fraktion darin enthalten: Es geht um Kollegialität, es geht um Loyalität, Vertraulichkeit und Diskretion. Wenn diese Schlüsselbegriffe nicht streng eingehalten werden, von den einzelnen Gemeinderäten, dann wird es schwierig in einem solchen Gremium zu arbeiten und ein solches zu leiten. Die einzelnen Gemeinderäte, so haben wir es vernommen, interpretieren die Schlüsselbegriffe anders, obwohl sie eigentlich klar definiert sind. Die FDP anerkennt das Bemühen des Gemeinderats zur Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung. Etwas kommt aber ganz klar zum Tragen: Der Gemeinderat ist immer nur so gut wie seine einzelnen Mitglieder und wie sie miteinander zusammenarbeiten. Auf zwei Punkte möchte die FDP-Fraktion besonders hinweisen: Besonders achtsam sollte der Gemeinderat bei Medienmitteilungen sein. Dort soll er mit einer Stimme sprechen und darauf achten, dass weniger Kommunikationspannen vorkommen, wie sie in der jüngsten Vergangenheit leider festgestellt wurden. Ebenso kapital ist die vom Gemeinderat angestrebte Geschäftskontrolle. Auch hier gilt; wenn in dem Gremium zweifelhafte Vorkommnisse passiert sind, so sind sie doch mehrheitlich personenbezogen. Man möchte an der Stelle

aber nicht nur lamentieren. Die FDP schaut vorwärts. Die Zusammensetzung im neuen Gemeinderat wird unterschiedlich sein, es gibt neue Gemeinderäte. Die FDP hofft, dass ein besseres Auskommen und ein besseres Verständnis unter einer straffen Führung in der Amtsstube Einzug halten wird.

Karl Heim, CVP begrüsst die Veröffentlichung des Berichts namens seiner Fraktion. Er zeigt sich allerdings auch befremdet darüber, dass der GRPK und ihren Subkos bei ihrer Arbeit ab und zu „Holz in die Speichen geworfen“ worden ist. Es mag angehen, dass man sich dagegen wehrt, dass GRPK-Mitglieder einer Gemeinderatssitzung beiwohnen – die Sitzung wäre dann ohnehin nicht sehr authentisch ausgefallen. Kollegialitätsprinzip – *meine Damen und Herren* – ist ein ganz entscheidender Pfeiler und Parameter dafür, dass eine Regierung, eine Exekutive gut funktioniert. Seine Fraktion appelliert an den neuen Gemeinderat, dass er das Kollegialitätsprinzip ernst nimmt und danach lebt.

Gabi Vetsch, SP dankt der Mini-Gruppe der GRPK für ihre geleistete Arbeit, vieles wurde schon gesagt. Der Bericht kann nur zur Kenntnis genommen werden. Das Resultat ist so knapp wie ernüchternd. Ihre Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Zusammenarbeit im Gemeinderat nicht gut funktioniert. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Vertrauensbasis für eine gewinnbringende Zusammenarbeit offenbar fehlt. Durch formalistische Änderungen lässt sich das auch nicht erzwingen, das wird ebenfalls zur Kenntnis genommen. Weiter wird zur Kenntnis genommen, dass der Störfaktor recht klar „herauszulesen“ ist, ausserdem wird zur Kenntnis genommen – was nur implizit im Bericht steht – dass das Schiff des Gemeinderats führungslos im Meer getrieben ist. Der Präsident hat seine Rolle offenbar nicht genügend wahrgenommen und ist in seiner Rolle ...nun, gescheitert ist vielleicht ein hartes Wort...aber implizit steht doch einiges da (im Bericht). Gesamthaft ist es eine traurige Bilanz. Es ändert aber an den letzten vier Jahren gar nichts mehr, es ist lediglich Geschichtsschreibung. Ihre Fraktion setzt ihre Hoffnungen auf die neue Crew, dass diese unter guter Führung vorwärts machen kann.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP ergänzt, dass man nun vieles über die neue Zusammensetzung gehört hat und das in Zukunft alles besser wird... Ihr persönlich sträuben sich die Haare beim Gedanken, dass jetzt alles allein an der Zusammensetzung des Gemeinderats liegen soll. Sie verweist darauf, dass Peter Heiz das Stichwort schon vorgegeben hat, nämlich, „straffe Führung“. Die Rednerin möchte von Gabi Vetsch auch das Stichwort „führerloses Schiff“ übernehmen. Was zwischen den Zielen liegt, die ganzen Probleme können nicht einfach einem – wie soll man es ausdrücken (die Rednerin sucht nach Worten...) einem ... Querulanten in die Schuhe geschoben werden, das wäre zu einfach. Nein, man darf durchaus darüber nachdenken, dass der Gemeinderat ja eigentlich der Führung durch den Gemeindepräsidenten untersteht. Dessen Aufgabe ist die Leitung, Strukturierung und Moderation bzw. es „wäre“ die Funktion des Gemeindepräsidenten, verbessert die Rednerin. Am Anfang der Legislatur hat der Gemeindepräsident verkündet, dass der Gemeinderat am Regierungsprogramm gemessen werden soll. Ja, wir machen das, und messen den Gemeinderat an dem Programm, das er sich selbst auferlegt hat. Die Resultate sind mehr als ernüchternd. In gewissen Punkten muss man von einem Armutszeugnis sprechen. Und jetzt soll man plötzlich in die politische Zukunft schauen...? Ja, so die Rednern, ich finde das gut. Man hat eine neue Zusammensetzung – jedoch die Führung bleibt. Ihre Fraktion wünscht sich eigentlich einen Kapitän, der das Schiff bzw. das Steuerruder fest in der Hand hält und seine Aufgaben wahrnimmt. Beim nächsten Geschäft gibt es ebenfalls gewisse Schwächen, die der Gemeinderat geboten hat, darauf kommt sie später nochmals zurück. Sie möchte ihr Befremden darüber ausdrücken, dass – wie vorher von Karl Heim gehört – der GRPK und deren Subkos nicht nur Hölzer zwischen die Speichen geworfen worden sind, sondern - manchmal hatte sie persönlich das Gefühl - es handelt sich um ganze Baumstämme. Beim nächsten Geschäft wurde die GRPK plötzlich um Hilfe angefragt, für ein Problem, bei dem man eigentlich hätte davon ausgehen dürfen, dass es der Gemeinderat selber lösen kann. Ihre Fraktion ist enttäuscht über die Zusammenarbeit im Gemeinderat, man hat den Gemeinderat beim Wort genommen, ihn am Programm gemessen...Sicher liegt ein Teil an der Zusammenarbeit, die nicht gut funktioniert hat. Die Aufgabenteilung ist ihre Fraktion aber nicht bereit, sie einfach so anzunehmen, wie sie von den meisten kolportiert wird. Sondern man hat dazu eine differenziertere Wahrnehmung. So hofft ihre Fraktion ebenfalls auf die Zukunft. Und auch auf die Zukunft mit einem starken Kapitän.

Stefan Kaiser, FDP hat Verständnis dafür, dass SP und Grüne die Führung des Gremiums anzweifeln bzw. teilweise in Frage stellen. Aber er ist auch der Meinung, dass die Führung in einem Gremium nur so stark ist wie die einzelnen Mitglieder, die zusätzlich dort vertreten sind und die Verantwortung übernehmen und somit helfen, dem Schiff, die richtige Richtung zu geben.

BESCHLUSS

://: Der Bericht der GRPK wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Nr. 206

Bericht der GRPK zum Verhalten verschiedener Mitglieder des Gemeinderates und der Verwaltung im Geschäft Mietverhältnis Spitex – Gemeinde – APH und Spitex, Auszug aus dem Altersheim Schlossacker

Eduard Rietmann, Parteilos/CVP ergreift erneut das Wort, in seiner Funktion als GRPK-Präsident

Er ist der Ansicht, dass es sich um einen sehr ausführlichen Bericht handelt. Er könnte auch noch einige Seiten länger sein. Er bezeichnet den Bericht als „eigentlich“ selbsterklärend. Gleichwohl möchte er an der Stelle einige Punkte noch aufgreifen: Dem Bericht wurden Zeitungsausschnitte beigelegt. Es ist nicht Sache des GRPK-Präsidenten, die Presse zu kritisieren, fügt er an. Auch hat er sich bei Aussagen gegenüber der Presse in den letzten Jahren zurückgehalten. Dennoch möchte er zwei Überschriften mit deutlichen Worten im Saal klarstellen. Beim Baz-Artikel vom 11.2.2016 mit der Frage im Titel „Missbraucht Mike Keller sein Amt?“ möchte er folgende klare Antwort geben: Mike Keller hat seine Kompetenzen überschritten, aber er hat zu keinem Zeitpunkt sein Amt missbraucht. Und deshalb ein ganz klares Nein auf die Frage in der Überschrift. Der Baz-Artikel vom 9.6.2016 „Saftige Rüge für Mike Keller und Heidi Ernst“. Dazu möchte der GRPK erklären, dass die GRPK ein Kontrollorgan ist gegenüber den Gemeindebehörden. Sie ist nicht Aufsichtsbehörde. Aufsichtsbehörde ist der Regierungsrat. Die GRPK kontrolliert und berichtet im vorliegenden Fall an den Einwohnerrat. GRPK wird weder einen Gemeinderat rügen noch eine andere Institution in irgendeiner Weise bestrafen. Der Einwohnerrat kann allenfalls durch Anträge, Veränderungen einleiten. Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Gemeinderat hat nur der Regierungsrat. Man muss feststellen, dass der Titel und die Aussage schlichtweg falsch sind. Weiter möchte der GRPK-Präsident anmerken, dass in Binningen die Geschäftsprüfungskommission Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission heisst. Im Bericht wurde weder eine Rüge erteilt noch wurde eine Aufsichtsbeschwerde erwogen. Der GRPK wäre dankbar, wenn das auch die Presse honorieren würde. Damit möchte er seine „Presse-Ansprache“ schliessen, erklärt E. Rietmann. Der Ansatz der Kontrolle war, das Verhalten der einzelnen Gemeinderatsmitglieder im Zusammenhang mit der Bezirksschreiberei, Spitex, Miete APH zu hinterfragen. Eine ausführliche Darstellung des Auftrags liegt dem Rat vor. Der eigentliche Auslöser für den Kauf der Bezirksschreiberei durch die Bürgergemeinde liegt schon weiter zurück, auch dies wird ausführlich beschrieben. Es ist eindeutig, dass der Gemeindepräsident Mike Keller und die Gemeinderätin Heidi Ernst mit ihrem Alleingang, den Mietzins der Spitex im APH Schlossacker zu subventionieren, die Kompetenzen eines einzelnen Mitglieds des Gemeinderats – auch von zwei Mitgliedern – überschritten haben. Wer wann mit wem über was genau gesprochen hat, ist nicht relevant. Falsch war es sicher, dass Mike Keller und Heidi Ernst die Mietzinssubvention weder dem Gesamtgemeinderat noch dem Einwohnerrat vorgelegt haben. Wobei man ehrlicherweise sagen muss, dass der Gesamtgemeinderat die Kompetenz gehabt hätte, die Mietzinse bzw. die Subventionen zu bewilligen. Dies, weil der Gemeinderat die Kompetenz hat, über ein Prozent des Gemeindebudgets, das auf der Rechnung des Vorjahres basiert, zu verfügen. Mike Keller und Heidi Ernst ist es klar, dass es ein Fehler war, die Information zurückzuhalten, sie haben dies auch nie bestritten. Gemeinderätin Mirjam Schmidli mit den Gemeinderäten Philippe Meerwein und Urs-Peter Moos nach Liestal gefahren sind, um Auskunft zu erhalten, über den Verkauf der Liegenschaft, und das ohne Auftrag des Gemeinderats, ist

auch eine Kompetenzüberschreitung. Auch wenn der Anlass – wenn man den Beteiligten Glauben schenken mag, es gibt keinen Grund, dies nicht zu tun – eigentlich in erster Linie darin bestand, Zeit zu gewinnen und abzuklären, ob die Liegenschaft der Bezirksschreiberei nicht auch eine Liegenschaft wäre, die die Gemeinde nutzen könnte. Eine Klammerbemerkung: Weshalb die drei überhaupt Auskunft erhalten haben, in einem Rechtsgeschäft, das zwischen dem Kanton und der Bürgergemeinde stattfinden sollte, ist für ihn persönlich ein Rätsel. Vielleicht widmet sich die Geschäftsprüfungskommission des Landrats um den Fall – im Saal sind ja zwei Landräte vertreten bzw. evt. auch mehr (*Schmunzeln im Saal, der GRPK-Präsident entschuldigt sich, falls er jemanden vergessen hat, es also möglicherweise mehr als nur zwei sind*). Vier! (tönt es aus dem Saal zurück). Vier Landräte, wiederholt der GRPK-Präsident und fügt an, dass dies fast eine Fraktion ergibt (lacht). Eine Kompetenzüberschreitung eines oder zweier Gemeinderatsmitglieder rechtfertigt natürlich nicht eine andere Kompetenzüberschreitung, von einer anderen Gruppe Gemeinderäten. Unterstellt man allen Beteiligten, dass sie aus der Überzeugung heraus das Beste für die Gemeinde haben erreichen wollen und sich bei der ganzen Angelegenheit eigentlich keiner der Beteiligten einen persönlichen Vorteil verschafft oder gar bereichert hat, bleiben einzig „Kompetenzüberschreitung“ und das „Nichteinhalten des Kollegialitätsprinzips“ übrig. Alle Beteiligten sehen ein, dass eine offene Informationspolitik besser gewesen wäre. Wichtig ist, dass aus der ganzen Angelegenheit, die entsprechenden Schlüsse gezogen wurden und werden. Wie auch schon im vorangehenden Votum erwähnt, ist die Zusammenarbeit und die Kollegialität im Gemeinderat wichtig. Er wünscht, dass der Gemeinderat wieder als Gremium auftritt und geschlossen nach Aussen seine Entscheidungen trifft. Angemerkt sei, dass wünschenswert wäre, dass der Leerstand des APH vermieden werden kann.

Jürg Humbel, FDP schildert, dass seine Fraktion mit einem gewissen Unbehagen von dem aufwändigen Bericht Kenntnis genommen hat. In beiden Fällen geht es um die Verletzung des Kollegialitätsprinzips im Gemeinderat. Das kann nicht einfach so hingenommen werden. Es sollte nicht sein, dass einzelne Mitglieder des Gemeinderats auf eigene Faust handeln, wenn nicht vorher das Geschäft im Gesamtgemeinderat behandelt und entsprechende Aufträge erteilt worden sind. Seine Fraktion stellt sich der Frage nach den Beweggründen: Dabei kommt er auf das vorhergehende Geschäft zurück. Dort ging es ungefähr um dasselbe. Mehrmals, Damen und Herren, tat sich in der laufenden Legislatur ein Leck auf, dadurch gelangten viele vertrauliche Informationen an die Öffentlichkeit. Die Exponenten wollten das vermutlich umgehen und das Risiko nicht eingehen, deshalb haben sie direkt verhandelt. Es hat aber sicher keine schlechte Absicht dahinter gesteckt. Trotzdem hätte man das eigentlich nicht als Einzelpersonen machen dürfen. Fazit: Das vorliegende Papier ist Geschichte. Aber man muss daraus die nötigen Lehren ziehen. Seine Fraktion ist zuversichtlich, dass solche Vorkommnisse in der neuen Legislaturperiode mit der neuen Zusammensetzung des Gemeinderats nicht mehr vorkommen werden.

Simon Abt, SP findet, dass offenbar „die Stunde der Stimmenzählenden“ angebrochen ist. Ihre Fraktion hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Sie möchte dem Kommissionspräsidenten für seine Arbeit danken, auch für seine Ausführungen, auch ihrem Vorredner, dem sie sich soweit anschliesst. Aus Sicht der SP-Fraktion möchte sie das eine oder andere noch erläutern. Ihre Fraktion ist grundsätzlich mit den Feststellungen des Berichts einverstanden. Noch ein Wort zu Heidi Ernst, die heute ihren letzten Einsatz hat, dies nicht um die Tränendrüse zu drücken. Jedoch wird sie nicht mehr oft sagen können, was ihr wichtig ist, so Simon Abt. Das vom Volk beschlossene Kompetenzzentrum mit APH und Spitex lag ihr am Herzen und stand an vorderster Stelle ihrer Überlegungen. Während Heidi Ernst in das Mietverhältnis im Dreieck involviert war und durchaus zugegeben hat – wie alle Beteiligten – dass die Transparenz die bessere Lösung gewesen wäre, hat sie von der Bezirksschreiberei weniger gewusst, ansonsten sie vermutlich reagiert hätte. Dies, weil es nicht dem Kompetenzzentrum entsprochen hätte. Die SP-Fraktion erwartet und wünscht, dass sich der Gemeinderat künftig gegenseitig über sämtliche Posteingänge separate Verhandlungen, Liegenschaftsangebote und Verkaufsangebote informiert. Denn der Fehler war letztendlich ein kleiner, man hätte lediglich informieren müssen, der Gesamtgemeinderat hätte die Kompetenz gehabt, man hätte also nur miteinander reden müssen. Die Mietzuschüsse der Gemeinde wären begründet gewesen. Leider hat man nicht miteinander gesprochen. Kein Riesenfehler, aber ein

Rattenschwanz. Dann zum Zweiten: Das berühmte „Musketiergrüpplein“, wie es mit der Zeit intern genannt wurde, weil es ja drei Personen betraf, also das diese nach Liestal gereist sind, kann die SP verstehen. Möglicherweise hätten einige in der Fraktion ähnlich reagiert. Immerhin hätte der Eindruck entstehen können, dass „Feuer unter dem Dach“ ist. Deshalb sind der pflichtbewusste Gemeinderat und die pflichtbewusste Gemeinderätin nach Liestal um zu erfahren, was Sache ist. Das richtige Verhalten danach, ist aber die Sache wert. Was hätte man machen müssen. Es gab nur einen richtigen Weg: Zurückgehen, den Gesamtgemeinderat einbeziehen und gemeinsam in der Sache weiter vorgehen, egal ob gerade Ferien sind und egal ob alle verfügbar sind. Zum Schluss noch ein paar Fragen, zu denen die SP-Fraktion antworten erhofft: Was kosten die leeren Spitex-Räumlichkeiten der Gemeinde? Ist die Gemeinde in der Pflicht? Wie lange bleiben sie leer? Was zahlt die Gemeinde? Bis wann, bis Ende 2016 oder darüber hinaus? Fazit: Sie selbst und eigentlich alle, wären dem Gemeinderat sehr dankbar, wenn er eine kurze Erklärung abgeben könnte, dass er aus den beiden Berichten, seine Lehren gezogen hat und explizit überlegt, wie er solche Missstände und Verletzungen der demokratischen Grundregeln in Zukunft vermeiden will. Sofern schon Ansätze vorhanden sind, ist man natürlich froh, um jedes beruhigendes Wort. Und damit will sie es nun bewenden lassen, schliesst Simon Abt ihre Erläuterungen.

Susanna Keller, SVP bedankt sich für den Bericht. Dass die GRPK an den Sitzungen mit den einzeln aufgeführten Gemeinderäten herausfinden musste, dass der Gemeindepräsident und eine Gemeinderätin ihre Finanzkompetenzen überschritten haben, die Informationspflicht gegenüber dem Gesamtgemeinderat und Einwohnerrat verletzt haben, dass sie und drei weitere Gemeinderäte und -rätinnen das Kollegialitätsprinzip verletzt haben, das ist schwer einfach nur so zur Kenntnis zu nehmen. Die SVP-Fraktion ist enttäuscht. Für die neue Legislatur fragt sie sich, ob die betreffenden im Gemeinderat verbleibenden Personen, daraus, für sich selber, Konsequenzen gezogen haben oder ihre Lehren daraus gezogen haben. So dass sie jetzt, in einem neuen Gremium, in der neuen Legislatur, so wie von Eduard Rietmann im Bericht geschrieben, „auf Basis von Offenheit, gegenseitigem Respekt und Vertrauen“ aufbauen können.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP sie kommt nochmals auf den „Kapitän“ zurück. An einen Kapitän hat man grössere Erwartungen. Man hat auch höhere Anforderungen. Er hat mehr Macht. Und vor allem erhält er ja mehr Lohn, als ein normaler Matrose, auf einem Schiff auch „Heuer“ genannt. Die Umgehung eines Informationslecks als Rechtfertigung für eine Nichtinformation des Gesamtgemeinderats heranzuziehen, das greift zu kurz. Nicht einmal die zuständige Gemeinderätin wurde informiert. Auch wenn man ein Leck vermutet, kann man wenigstens die zuständigen Personen informieren, findet die Rednerin. Das Zurückhalten von Informationen ist eine Machtdemonstration und kann bis zu Machtmissbrauch führen. Ihre Fraktion zeigt auch ein gewisses Verständnis, für die drei Musketiere. Immerhin haben die sich hintergangen gefühlt, weil sie Informationen, die sie benötigt hätten, nicht erhalten haben. Und dies, auch wenn die drei damit das Kollegialitätsprinzip verletzt haben. Zu den leeren Räumen des APH: Wir diskutieren jetzt darüber und zerbrechen uns den Kopf für etwas, das uns eigentlich gar nichts angeht. Das APH ist eine Stiftung, sie hat einen Leistungsauftrag der Gemeinde. Gemäss Auskunft des Stiftungsratspräsidenten – die sie von ihm telefonisch erhalten hat – ist es sein Haus, und er ist es, der bestimmt, wer reingeht und wer nicht. Es ist ganz klar, dass es auch Kompetenz und Aufgabe des APH ist, neue Leute zu suchen und nicht etwa die Gemeinde, die auch irgendwie finanziell einspringen muss und irgendwie noch eine Lücke ausfüllen muss. Das funktioniert so nicht, mahnt die Rednerin dezidiert.

Stefan Glaser, Parteilos dankt der GRPK für die geleistete Arbeit und den Bericht, wenn er das Verhalten und die Antwort im Rat, mit dem Gemeindepräsident werten müsste, dann kann er nur sagen: Skandalös, gelinde gesagt. Und zum Gemeindepräsidenten gerichtet fügt er an: Herr Keller, sie haben steuerzahlenden Bürger mit ihrem Gebaren und der nichtbewilligten Subventionen an die Spitex Geld in nicht unwesentlicher Höhe, unterschlagen. Es tut mir Leid, aber es ist so, ergänzt der Redner. Ein CEO in der Privatwirtschaft müsste in einem solchen Fall den Koffer fristlos packen. Aber scheinbar tickt Binningen anders. Kein Mensch ist fehlerlos, aber es braucht Charakter, dazu zu stehen. Sie haben damit allerdings noch eine Chance, sich zu rehabilitieren (*rehabilitieren*) und Rückgrat zu zeigen, indem Sie jetzt zurücktreten, fordert der Redner.

Eduard Rietmann, Parteilos/CVP, GRPK-Präsident möchte die Aussage von Stefan Glaser bzgl. „Unterschlagung“ nicht gelten lassen. Eine Unterschlagung *massregelt er seinen Vorredner*, ist etwas anderes. Er möchte das Zurückweisen im Namen der GRPK und im Namen des Einwohnerrats.

Karl J. Heim, CVP möchte im Sinne der Rückkehr zur Sachlichkeit das Votum von Herrn Glaser abschwächen. Seine Fraktion attestiert dem Gemeindepräsidenten und auch Frau Ernst, dass sie sicher immer stringent im Sinne der Sache gehandelt haben, im Sinne der Gemeinde. Dies zum Ersten. Des Pudels Kern liegt offenbar in der Kommunikationskultur innerhalb des Gemeinderats und darum, wie sie nicht gepflegt wird. Das kann man ja verbessern. Zum Zweiten. Seine Fraktion empfindet es als nicht richtig und verurteilt aufs Schärfste, dass einzelne Mitglieder des Gemeinderats, insbesondere der Präsident, in den Medien gezielt diskreditiert werden. Woher die unmotivierten Angriffe auch kommen, wenn es Heckenschützen sind aus den eigenen Reihen, umso schlimmer. Das säht nur Unfrieden und lässt riesige Energiegranaten in der Luft puffen, bis das wieder gekittet ist.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos möchte den Bericht selbst nicht kommentieren. Er möchte aber auf zwei Sachverhalte hinweisen. Erstens, der Gesamtgemeinderat hat nicht wie vom GRPK-Präsident erwähnt, die Kompetenz über ein Prozent des Gemeindebudgets zu verfügen, sondern es ist eine Promille. Das macht bei 70 Mio. CHF 70 000 aus und explizit nur für einen einmaligen Fall. Es handelt sich aber um einen wiederkehrenden Fall, insofern, und damit ist er beim zweiten Punkt, ist es nicht richtig, dass der Gesamtgemeinderat darüber hätte befinden können, sondern es hätte zwingend dem Einwohnerrat vorgelegt werden müssen. Er empfiehlt den Anwesenden das Studium des Finanzreglements.

Roger Moll, Parteilos, bekundet, dass er nicht alles begreifen kann, was er - *seit seiner Rückkehr aus Kanada* - gelesen hat. Die Problematik der beiden Entscheide, die diskutiert werden, die im Rat hätten diskutiert werden müssen, mag aus der Nachsicht richtig sein. Aber im Gemeinderat und Einwohnerrat herrscht eine politische Kultur, nach der gewisse problematische Dossiers, miteinander besprochen werden. Punkt eins. Punkt zwei: Gemeinderat und vor allem auch der Gemeindepräsident hätten die beiden Probleme an einer allenfalls ausserordentlichen Sitzung des Gemeinderats unter dem Titel „streng vertraulich“ hätte behandeln sollen. Es hätte einen Entscheid des Gemeinderats gegeben, wahrscheinlich auch ein Kompromiss, und man hätte das innerhalb des Gemeinderats diskutiert. Die Frage wäre gewesen, sollen die beiden Probleme an den Einwohnerrat herangetragen werden. Der Redner ist überzeugt, dass der Nachtrag bzgl. der Mieten APH, beim Rat durchgekommen wäre. Beim Problem Bezirksschreiberei handelt es sich um einen ähnlichen Fall, bei dem ein Entscheid innerhalb des Gremiums Gemeinderat hätte gefällt werden sollen. Am Schluss hätte man sagen müssen, dass man aus finanziellen Gründen nicht kann und, und, und, und man der Meinung ist, dass die Bürgergemeinde das Haus übernehmen soll. Und mit einem allfälligen solchen Bericht „zur Kenntnisnahme des Einwohnerrates“ wären beide Probleme vom Tisch, ist der Redner überzeugt. Die ganze Problematik ist eigentlich im Verfahren entstanden. Der Redner hofft, dass dies ein bisschen zur Kenntnis genommen wird. Und dass er in ähnlichen Situationen so handeln könnte, wie er das als möglichen Weg eben formuliert hat.

Eduard Rietmann, Parteilos/CVP sagt, dass er „immer dankbar ist, wenn er etwas lernen kann“. Er hat in der Zwischenzeit das Finanzreglement konsultiert. Dieses besagt, dass der Umsatz vom Vorjahr, er schätzt ihn auf CHF 75 000, dass einzelne Ausgaben von bis zu einem Promille durch den Gemeinderat beschlossen werden können. Im Gesamten wären dies für bis ein Prozent. Von CHF 75 000 Mio. ist nach seiner Rechnung ein Promille rund CHF 75 000. Also liegt die Ausgabe von CHF 30 000 für Subventionen in der Kompetenz des Gemeinderats.

Peter Heiz, FDP greift die schwierige und problematische Zusammenarbeit im Gemeinderat auf sowie die schwierige Kommunikation zwischen den einzelnen Gemeinderäten. Aus der Sachlage kann er das Verhalten des Gemeindepräsidenten voll und ganz verstehen. An die Adresse von Herrn Glaser möchte der Redner sagen, dass die Vorwürfe strafrechtlich relevant sind. Und auch, dass es sich um ein ganz

schlimmes Betragen handelt, dass er soeben im Rat an den Tag gelegt hat, mit schlimmen Forderungen, die er aufs Schärfste verurteilt. Was er hingegen verurteilen muss – und er ist nicht erst seit gestern im Einwohnerrat – ist das „Reisli“ nach Liestal. Aus seiner Erfahrung heraus handelt es sich hierbei um einen der schlimmsten Faux-pas, über die er im Rat je hat diskutieren müssen. Und da kann man noch solange darüber diskutieren, schönreden lässt es sich nicht.

Severin Brenneisen, SP verweist darauf, dass Simon Abt Fragen gestellt hat, die noch nicht beantwortet wurden.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker fragt in den Saal, wer die Fragen beantworten möchte / kann oder ob sie im Raum stehengelassen werden müssen.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP nimmt Stellung zu den Fragen. Er erläutert, dass der Gemeinderat mit der Stiftung APH im Frühling das Gespräch geführt hat. Es ging darum, was die Stiftung mit den Räumlichkeiten kann- und machen möchte. Der Gemeinderat hat auch eigene Gedanken eingebracht, wie allenfalls für Ausnützungen der Gemeinde Raumbedarf haben könnte. Man kam zum Schluss, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt würde, auch mit Vertretern aus dem Gemeinderat. Die Arbeitsgruppe ist an der Arbeit. Es liegen zurzeit keine Auswertungen vor in dem Sinne, dass die Fragen hier und heute substantiell beantwortet werden könnten. Der Gemeindepräsident meldet es, sobald etwas Konkretes vorliegt.

Gabi Vetsch, SP richtet folgende konkrete Frage an den Gemeinderat: Angenommen, die Räume werden ein ganzes Jahr nicht vermietet und das APH gerät deswegen in finanzielle Schwierigkeiten, wer steht dann dafür gerade?

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erklärt, dass grundsätzlich der Eigentümer der ganzen Räumlichkeiten des fraglichen Gebäudes die Stiftung ist. Bei der Tagungsstätte wurde die Lösung gewählt, dass die Gemeinde die Baufinanzierung macht und dass für die Nutzung auch die Finanzierung entsprechend sichergestellt ist. Die Stiftung ist grundsätzlich für die Erfolgsrechnung – sprich – fürs Aufgehen der Rechnung verantwortlich. Wenn es aber der Stiftung sehr schlecht gehen würde, das heisst, wenn sie in finanzielle Schwierigkeiten gerät, dass natürlich hintendran immer auch die Gemeinde steht. Mit der Stiftung besteht ein Leistungsauftrag, auch sonst wurde die Zusammenarbeit definiert. Es besteht das grundsätzliche Risiko oder auch gewisse Schwankungen, die die Stiftung selbst zu tragen hat. Aber wenn das Dimensionen annimmt, die die Stiftung nicht selber zu verantworten hat, wird man rechtzeitig miteinander das Gespräch suchen müssen. Bei der zukünftigen Nutzung der Räumlichkeiten so fehlen zurzeit die Informationen für einen aktuellen Überblick. Es gibt verschiedene Institutionen, die an den Räumlichkeiten grundsätzlich interessiert sind. Es hat Anfragen von Dritten gegeben. Aber inwieweit daraus etwas wird oder ob die Ideen und Gedanken auch dem Konzept der Stiftung entsprechen, weiss niemand. Die Stiftung hat auch selber dargelegt, dass sie entscheidet und dass es in ihrer Hoheit liegt, wer dort drin liegt, was dort passiert. Weil ein Interesse besteht, dass es der Stiftung auch in Zukunft gut geht, hat die Gemeinde ihr Engagement angeboten. Aber die Entscheidung darüber, was mit den Räumen passiert, wer dort einzieht, ist in der Hoheit der Stiftung.

Peter Buess, SP findet es gut, wenn Konflikte ausgetragen werden. Wenn Schwierigkeiten angesprochen werden können und auch kritisch gekämpft wird. Unglücklich ist er aber über den Beitrag der Medien, den er nicht als hilfreich sondern als schädigend erlebt. Er hofft, dass das Verbesserungspotential wahrgenommen wird.

BESCHLUSS

://: Der Bericht der GRPK wird zur Kenntnis genommen.
(einstimmig)

Revision Vergütungsreglement**BESCHLUSS**

://: Das Geschäft wurde zurückgezogen (wie eingangs erwähnt).

Traktandum 8**Liegenschaftskonzept: Strategie:**

Bericht der **Bau- und Planungskommission** vom 07.04.2016 :

100

Mitbericht der GRPK vom 02.06.2016

100A

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, SVP möchte beliebt machen, dass zuerst der Mitbericht der GRPK behandelt wird, anschliessend der Bericht der GRPK. Der Grund: Der Bericht GRPK ist zur Kenntnisnahme und der BPK-Bericht fasst das ganze Geschäft zusammen. Er fragt den Rat, ob er mit dem Vorgehen einverstanden ist. Der Rat ist einverstanden. Eduard Rietmann betritt das Pult der Kommissionspräsident/Innen.

Eduard Rietmann, GRPK-Präsident, erklärt, dass sich die GRPK hauptsächlich mit den finanzpolitischen Aspekten der Liegenschaftsstrategie befasst hat. Die Feststellung enthält aber momentan auch stark eine politische Aussage. Er, Eduard Rietmann, möchte sich auf die GRPK-Aussagen konzentrieren, ohne auf Begründungen einzugehen, diese sind im Bericht ausführlich beschrieben. Die GRPK ist einstimmig der Ansicht, dass Liegenschaften, die Gemeindeaufgaben erfüllen müssen, auch im Besitz der Gemeinde sein sollen oder müssen. Sie sollen wenn möglich nicht geleast oder gemietet werden. Liegenschaftsverkäufe sollen Liegenschaftsbedarf der Gemeinde angepasst werden. Will heissen: Wenn eine Liegenschaft von der Gemeinde nicht mehr genutzt wird, soll ein Verkauf geprüft werden können. Der Verkaufserlös soll aber nicht in die ordentliche Rechnung gebucht werden. Das heisst, das laufende Kosten nicht mit Liegenschaftsverkäufen finanziert werden sollen. Auch sollen Rechnungsdefizit nicht durch Liegenschaftsverkäufe festgehalten werden. In dem Punkt ist sich die GRPK nicht einig. Während eine Mehrheit dafür plädiert, dass Liegenschaftserlöse für notwendige Investitionen genutzt werden können, ist eine Minderheit der Meinung, dass Liegenschaftserlöse wieder in Liegenschaften investiert werden müssen. Es liegt ein Antrag der SP vor. Bei allen Überlegungen ist sich die GRPK bewusst, dass einerseits ein grosser Investitionsbedarf in den nächsten Jahren ansteht. Andererseits sollte man aber die sehr komfortable finanzielle Situation von Binningen, nämlich ein Haushalt, der fast ohne Fremdkapital sich finanziert, nicht leichtfertig aufgeben. Aus dem Grund ist wichtig, wie im vorhergehenden Geschäft besprochen, dass der §41 sehr überlegt vorangetrieben wird. Auch wenn das sehr komplex ist und Reglemente angepasst werden müssen, muss man dort vorwärts machen. Die GRPK erwartet vom Gemeinderat einen Zwischenbericht über die ganze Liegenschafts-Situation bis im Mai 2017. Die GRPK wäre froh, wenn sich der Gemeinderat im neuen Jahr unter der neuen Legislatur dazu zeitnah äussern könnte. Ein Antrag in dem Sinne ist im Bericht zu finden bzw. eine Feststellung mit Kenntnisnahme.

Gaida Löhr, SP ist es ein Anliegen, einiges zum GRPK-Bericht zu erläutern. Immobilienbesitz gilt heute als eine der sichersten Vermögensanlagen. Grundsätzlich ist es eine relativ einfache Rechnung, wenn man Liegenschaften besitzt. Man investiert Geld in den Kauf und Unterhalt einer Liegenschaft. Man nimmt Geld für die Vermietung ein. Ziel ist banal. Man erwartet über einen längeren Zeitraum eine Nettorendite. Genau das gilt – nach Meinung ihrer Fraktion – auch für gemeindeeigene Liegenschaften. Und zwar

letztlich unabhängig davon, ob sie im Verwaltungs- oder im Finanzvermögen sind. Beispielsweise Schulhäuser. Sie bringen grundsätzlich eine Miete ein. Das Spiegelfeldschulhaus in Binningen war lange Zeit in Gemeindebesitz, der Kanton hat beträchtlich Miete bezahlt. Das Beispiel zeigt, grundsätzlich kann man durchaus auch für Liegenschaften, die genutzt werden, eine Miete feststellen. Damit sind das nicht Liegenschaften, die als „ein Fass ohne Boden“ im Einwohnerrat behandelt werden, sondern wahrscheinlich rentable Liegenschaften. Soweit ein wichtiger Punkt. Das heisst aber auch, dass die Mieten ausgewiesen werden müssen. Ein Liegenschaftskonzept darf deshalb nicht nur fiktive Verkaufswerte haben, sondern es muss aufgeführt werden, welches die Mieteinnahmen sind, entweder real oder geschätzt. Danach wüsste man sehr viel konkreter, was eine Liegenschaft wert ist, ob eine Veräusserung oder Sanierung Sinn macht oder nicht. Sanierungen lassen sich aus Vermietungen bezahlen. Genauso wichtig wäre es zu wissen, wo die Gemeinde überall Mieten bezahlt. Wie gehört, hat die Gemeinde – ohne es zu merken - CHF 60 000 Subventionen an die Miete der Spitex bezahlt. Auch hier wäre es interessant zu erfahren, wo die Gemeinde überall Mieten bezahlt bzw. einspart. Nur so hat man eine solide Grundlage für die Diskussionen rund um die Finanzen. Die Finanzkommission dannzumal und die heutige GRPK haben schon früher solche Aufstellungen gefordert. Es ist bis heute nicht klar, weshalb die Gemeinde sie nicht geliefert hat. Was den Mitbericht anbetrifft, so hat die GRPK keine Anträge formuliert, sie sind implizit im Bericht. Die Frage ist, ob es Sinn macht, die Anträge unter die BPK-Anträge zu schreiben, damit es nicht an zwei verschiedenen Stellen Anträge hat, dies als Frage. Weiter unterstützt die SP selbstverständlich den Grundsatz des GRPK-Berichts, nachdem Eigentum besser ist als Miete. Die SP spricht sich dafür aus, dass – wenn Liegenschaften verkauft werden, was aber eine absolute Ausnahme bleiben sollte – die Einnahmen zweckgebunden sind, mit dem Kauf von Liegenschaften. Die Fraktion ist der Meinung, dass in letzter Zeit immer nur verkauft wurde, insbesondere, wenn es der Gemeinde finanziell nicht so gut lief. So etwa vor ca. 10 Jahren für ca. CHF 10 Mio. Aber auch die Übernahme des Sekundarschulhauses – übrigens ist diese in einem lamentablen Zustand – war mit dem Verkauf einer riesigen Liegenschaft verbunden. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass man eine Zweckbindung braucht, ansonsten wird verkauft, ohne sich je darüber Gedanken zu machen, wo man auch kaufen könnte. Die Rednerin wünscht Antwort auf ihre Frage bzgl. der Platzierung der GRPK-Anträge im Liegenschaftsbericht.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker wünscht, dass er den entsprechenden Antrag - bei dem er nicht ganz sicher ist, um welchen es sich denn genau handelt - von Gaida Löhr erhält. Handelt es sich um jenen mit dem Abschnitt der Minderheiten „spricht sich für das und das aus...?“ oder was ist genau der Antrag, den Du damit meinst? Möchte der Ratspräsident wissen. Er hat nichts vorliegen, daher ist es für ihn sehr schwierig zu wissen, welches ein Antrag ist bzw. nicht, denn der Rest sind ja Empfehlungen. Der Ratspräsident führt aus, dass der Rat normalerweise den Bericht zur Kenntnis nimmt, und dass es, entsprechend dazu im ganzen Bericht gar keinen Antrag gibt. Nochmals, hält der Ratspräsident fest, handelt es sich klar um eine Kenntnisnahme und für eine Abstimmung über einen Antrag bittet er G. Löhr um ihren schriftlichen Antrag, so dass alle wissen, über was abgestimmt werden soll.

Gaida Löhr, SP präzisiert, dass es hinten im BPK-Bericht, einen „ganzen Chratten“ voller Anträge gibt. Ihre Frage war, ob man die beiden GRPK-Anträge – der eine auf Seite 3 „Minderheitenantrag“ und den zweiten, nämlich die „BPK hat in ihrem Bericht den Antrag, dass es einen Zwischenbericht 2017 gibt“. Ihre Fraktion würde den gerne ergänzen durch das, was sie vorher ausgeführt hat, also eben besagte Zahlen, die ihre Fraktion gerne im Bericht haben möchte. Die Frage ist, ob es Sinn macht – obwohl es eine finanzpolitische Frage ist – dass man das im BPK-Bericht als Antrag bringt.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker quittiert die Erläuterungen mit „okay, unterdessen habe ich Dich verstanden“. Anschliessend möchte er dem Rat beliebt machen, über den Finanzteil – mit dem Minderheitsanteil – abstimmen zu lassen, bevor man ihn zur Kenntnis nimmt. Und der BPK-Teil – weil der ja den BPK-Bericht anspricht, auch im BPK-Bericht machen würde. Das Vorgehen wird vom Rat gutgeheissen.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker schlägt vor, zunächst mit weiteren Wortmeldungen fortzufahren und am Schluss auf die Anträge zurückzukommen.

Christoph Maier, FDP möchte zum Bericht der GRPK seitens der FDP-Fraktion kurz Stellung nehmen. Seine Fraktion schliesst sich grundsätzlich den Empfehlungen des Mitberichts an. Bezüglich des Unterantrags der SP möchte er sagen, dass auch eine Mehrheit der GRPK zum Ausdruck gebracht hat, dass eine Zweckbindung von Verkaufserlös letztlich kontraproduktiv ist. Und auch, dass man sich auch mit den besten Zweckbindungen am Schluss nur im konkreten Fall Fussfesseln umlegt, die einen dann, im konkreten Fall, daran hindern, dass man zweckdienliche Lösungen realisieren kann. Es ist ein weiteres Beispiel dafür, dass, wenn man meint, man hat ein gutes Regularium, dass man dann am Schluss zu einer besseren Lösung kommt, anstatt das man darauf vertraut, dass das Gremium soviel Sachverstand einbringt, dass es dann im konkreten Fall, wenn es soweit ist, eben auch die richtige Entscheidung trifft. Wir sind heute nicht gescheiter, was in der Zukunft sein wird. Aber wenn wir in der Zukunft sind, dann sind wir hoffentlich in der Lage, einen gescheiterten Entscheid zu fällen. Aber das ist jetzt vielleicht schon ein bisschen philosophisch.

Anand Jagtap, Grüne /EVP möchte von Seiten seiner Fraktion noch kurz ans Votum der SP anschliessen. Seine Fraktion sieht das ziemlich ähnlich. Die ganzen Ausführungen erscheinen seiner Fraktion etwas gar „schwarz-weiss“. Verkaufen oder nicht verkaufen – in dem Bereich gibt es doch noch sehr viel mehr Grautöne, die nicht ausgearbeitet sind und deshalb unterstützt die Fraktion auch den Gedanken, dass das Thema Vermietungen noch genauer geprüft wird. Auf der anderen Seite auch die Minderheitsmeinung, die im Bericht zum Ausdruck kommt, mit der Zweckbindung. Dort ist seine Fraktion der Ansicht, dass das jetzt schon ein bisschen schnell ist, wenn man die Liegenschaftsstrategie bzw. das Papier vor sich liegen hat, das ja nicht wahnsinnig viel regelt oder aufzeigt, wie es soll weiter gehen. Wo einfach Freigabe für einen Verkauf entschieden wird und so gemacht wird. Aufgrund der Vorlage erscheint ihm dieses Vorgehen als zu voreilig, deshalb möchte seine Fraktion eine gewisse Bremse einführen.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker lässt über den Antrag abstimmen. *Zuvor vergewissert er sich bei Gaida Löhr, ob es sich um den richtigen handelt. Gaida Löhr bestätigt dies. Demnach lautet der Antrag der SP wie folgt:*

Der Einwohnerrat spricht sich für eine Zweckbindung der Verkaufserlöse aus. Insbesondere, da die Gemeinde in der Vergangenheit deutlich mehr Land verkauft hat als gekauft hat, sollte der Verkauf von Liegenschaften die Ausnahmen sein. Ein Verkauf von Liegenschaften sollte in der Regel durch den Kauf einer entsprechenden Liegenschaft innert 10 Jahren kompensiert werden. Ausnahmen kann der Einwohnerrat mit 2/3-Mehrheit bewilligen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Nein: 20, Ja: 15, Enthaltungen: 2
(37 Anwesend)

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker erklärt damit den Mitbericht der GRPK als zur Kenntnis genommen. Er bittet BPK-Präsident Daniel Zimmermann auf dem Stuhl des Kommissionspräsidenten Platz zu nehmen und zu berichten.

BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP berichtet, dass die umfangreiche Vorlage am 9. Februar 2016 an die BPK überwiesen worden ist. In Absprache mit der Delegation der GRPK für den Mitbericht wurde das Geschäft unter Begleitung der zuständigen Gemeinderätin und der Bauverwaltung im Laufe des Jahres 2015 sehr detailliert besprochen. Alle Erkenntnisse der BPK sind im ausführlichen Bericht erwähnt. Er verzichtet auf Details einzugehen. Im Grundsatz war sich die Kommission einig, dass die vorliegende Liegenschaftsstrategie als wegweisende Auslegeordnung der politischen Absichten für die Ge-

meinde von grosser Bedeutung ist. Sie kann als wichtige Grundlage für die vielen vorgeschlagenen Massnahmenplanungen angesehen werden. Die Kommission hat sich in der vertieften Diskussion immer wieder am Status „zur Kenntnisnahme“ orientieren müssen, was nicht immer einfach war. Das gewählte Vorgehen des Gemeinderats verleiht dem ganzen Papier eine gewisse Unverbindlichkeit und hat die politische Positionierung zum Teil schwierig gemacht. Die BPK war trotz der Kenntnisnahme froh, eine Gesamtsicht des Liegenschaftsportfolios zu erhalten. Mit den finanzpolitischen Aussagen erhält man einen gewissen Eindruck der finanziellen Aufwendungen in der Zukunft. Die BPK hat sich in ihrem Schlussbericht bei den Immobiliengruppen vor allem auf die Stossrichtungen, auf Empfehlungen und auf zeitliche Priorisierungen konzentriert. Die entsprechenden Anträge tragen dem Vorgehen Rechnung und liegen dem Rat vor. Zum Schluss möchte sich der BPK-Präsident im Namen der ganzen Kommission für die sehr aufwändige Vorlage und das sehr hoch gesteckten Ziel der Binninger Liegenschaftsstrategie bei allen beteiligten Verwaltungsabteilungen bedanken. Dies, verbunden mit der Hoffnung, dass der Gemeinderat aus den sehr umfangreichen Papieren auch etwas Konkretes umsetzen wird. Es enthält sehr viele gute politische Ansätze, die jetzt mit konkreten Vorlagen bearbeitet werden müssen.

Pascal Treuthardt, FDP verdankt den Bericht und unterstützt namens der Fraktion die Anträge der BPK-Kommission.

Philippe Spitz, SP kündigt an, es nicht ganz so kurz machen zu können, wie sein Vorredner, und dass es in eine ähnliche Richtung gehen wird. Er dankt dem Verfasser des Berichts Daniel Zimmermann, für dessen Arbeit, auch für die umsichtige und durchaus sympathische Verhandlungsführung im Rahmen der doch eingehenden Betrachtungen, Besprechungen und Verhandlungen in der BPK. Dann fährt er fort, dass Daniel Zimmermann ausgeführt hat, es geht nur um eine Kenntnisnahme des Berichts, den der Gemeinderat dem Einwohnerrat und der BPK vorgelegt hat. Nicht mehr und nicht weniger. Dennoch geht es um einiges. Das muss man auch betonen. Bei genauerem Hinschauen stellt man fest – das steht auch im Papier des Gemeinderats – dass die Gemeinde Binningen im Finanz- und Verwaltungsvermögen ein Liegenschaftsportfolio hat, das – konservativ betrachtet – mit rund einer Drittelmilliarde geschätzt werden kann. Er möchte jetzt nicht mutmassen, wenn man die neusten Rekordwerte nimmt, was Bauland in Binningen anbetrifft. Dieses ist ja in den letzten Jahren gestiegen und unterstreicht die Bedeutung der ganzen Sache. Es ist auch richtig, dass der Gemeinderat in dem Papier etwas unverbindlich daherkommt. Aber – und darauf möchte er das Augenmerk richten – es gibt auch eine Seite 25 des Berichts. Er liegt jetzt vielleicht nicht vor. Aber der Gemeinderat oder *ein* Gemeinderat hat - abgesegnet wurde es vom Gesamtgemeinderat – unten mit roten Ziffern, quasi ein Programm hineingeschrieben, nämlich was man machen möchte, an Verkäufen. Vor allem verkaufszentriert. Es steht dort zu lesen: „Diese Tabelle beruht auf Annahmen und ist nicht verbindlich“. An der Tabelle hat sich auch die BPK-Betrachtung schon entzündet, weil es doch etwas verwunderlich ist, dass der Bericht einerseits sehr unverbindlich und mit Kenntnisnahme daherkommt. Dann aber auf der Seite 25 ein klares Programm aufzeigt und vorgibt. Auch Seite 25 nimmt seine Fraktion nur als Annahme und sicher nicht als Blaupause und sicher nicht als Blankocheck an den Gemeinderat oder an einen Gemeinderat. So dass man dann einfach Devestitionen machen könnte. Dies möchte der Redner vorausschicken. Er bittet den Einwohnerrat, sich die Seite 25 des Berichts zu vergegenwärtigen, beim Abstimmen. Der Mitbericht der GRPK erachtet die SP-Fraktion als sehr wertvoll, wie gehört: Eigentum geht vor Miete. Und der Erlös soll nicht der Aufbesserung der Rechnung dienen. Damit ist er auch schon bei den sogenannten Versäumnissen der Gemeinderäte, in den letzten Jahren. Einen Grossteil der Liegenschaften, namentlich jenen im Finanzvermögen, hat man verlottern lassen. Es wurde unterlassen, genügende oder gute Erträge daraus zu ziehen. So würde eigentlich niemand im Saal, der Vermögen hat, mit einer Liegenschaft vorgehen. Da es sich hier um Liegenschaften des Staats handelt, wurde das so gehandhabt. Das mag in der mangelnden Kommunikation begründet sein oder auch, dass es nicht zuoberst auf der Traktandenliste stand, aber: Vorwärtsgerichtet kann gesagt werden: Gut Ding will Weile haben. Das Liegenschaftskonzept war überfällig. Die SP-Fraktion ist dafür, dass der Gemeinderat kann und darf und soll eine aktive Liegenschaftspolitik betreiben soll. Auch, dass diese namentlich mit der Abgabe von Baurechten, wenn es denn um Devestitionen geht, kann an die Hand genommen werden. Im Vordergrund steht für die SP-

Fraktion und namentlich für den Sprechenden, dass Liegenschaften auch den Anlageaspekt haben. Es geht ja auch um Diversifikation vom Vermögen der Gemeinde. Es ist nur sinnvoll, dass ein Teil des Eigenkapitals, quasi der eigenen Mittel, auch in Liegenschaften angelegt ist. Seine Fraktion wehrt sich gegen einen Tafelsilberverkauf zur Verbesserung der Finanzen. Dies ist aber offenbar jetzt gar nicht mehr das Thema. Nun, zu Pudel's Kern: Es ist eine Aufhebung des Verkaufsmoratoriums beantragt. Das hat auch die BPK so beantragt und das wird in seiner Fraktion kritisch beäugt. Sicherlich wird seine Fraktion genau zuhören, was später der zuständige Gemeinderat oder der Gemeindepräsident zur Forderung sagen wird – es handelt sich um einen Antrag im BPK-Papier – das sämtliche geplanten Liegenschaftsverkäufe als konkrete Vorlage formuliert in den Rat kommen sollen. Es geht um politische Verbindlichkeiten, ganz klar. Wir haben eine Dreimillionen-Grenze in Bezug auf Verkäufe. Aber das scheint der BPK und auch seiner eigenen Fraktion als zu wichtig, als das man hier einfach die Hand von der Bremse nehmen kann. Die Aufhebung des Verkaufs-Moratorium wird sehr kritisch erachtet. Sehr sehr kritisch beachtet wird auch die wohlbeabsichtigte Devestition der Paradiesstrasse 1 und die Umwandlung von Liegenschaften an der Kernmattstrasse zu Asylzwecken. Sehr positiv – *und er möchte damit langsam zum Ende kommen, ohne dass der Ratspräsident mit der noch immer auf dem Tisch ruhenden Glocke klingelt* – wird zur Kenntnis genommen, dass an die Zolli-Erweiterung gedacht wurde. Das wurde von der BPK und von der SP-Fraktion sehr wohlwollend aufgenommen, es wurde in die Testplanung Dorf aufgenommen. Die SP wird ein sehr kritisches Auge darauf werfen, was im Bereich Tagesheim und Robi geht. Dass dort einfach überbaut werden soll, wird kritisch verfolgt. Sodann kündigt der Redner auch noch einen Antrag der SP-Fraktion an. Es ist die Rede sowohl im Bericht der BPK-Fraktion als auch im Mitbericht der GRPK, dass man den BPK-Bericht nur als Zwischenbericht auffassen möchte. Der Antrag hat zum Gegenstand, dass in einem weiteren Bericht 2017 *zusätzlich auch die realen oder geschätzten Mieteinnahmen der gemeindeeigenen Liegenschaften aufgelistet. Ebenso wird aufgeführt, in welchen Liegenschaften die Gemeinde für welche Aufgaben und in welcher Höhe Miete entrichtet*. Es handelt sich dabei nicht um eine Abwandlung des Berichts sondern, das ist vielmehr im Sinne des Berichts. Man hätte das vielleicht auch schon in den BPK-Bericht bei den Anträgen hineinnehmen können. Aber er möchte nicht den BPK-Bericht aushebeln. Er wird den schriftlichen Antrag der SP gleich dem Ratspräsidenten übergeben.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich bei den Involvierten für den Bericht bzw. den Mitbericht. Speziell dankt er dem Präsidenten für die sehr *umsichtige* Leitung, dank der er die Kommission immer wieder auf Linie gebracht hat, wenn sie drohte, sich zu verzetteln. Wie erwähnt, fährt der Redner fort, handelt es sich um eine Kenntnisnahme. Die Fraktion ist sich betreffend dem vorliegenden behandelten Liegenschaftskonzept bewusst, dass das vorliegende Konzept bereits eineinhalb Jahre alt ist und somit bereits in mehreren Belangen und Bereichen veraltet und überholt ist. Eine Strategie ist in dem Bericht nicht richtig lesbar. Der Gemeinderat weist ja auch darauf hin, dass die vorliegende Liegenschaftsstrategie als Zwischenbericht zu verstehen ist. Die BPK empfiehlt im nächsten Schritt im Gemeinderat eine Umsetzungsstrategie mit konkreten Massnahmen erarbeiten zu lassen. Sie verlangt somit eine Weiterbearbeitung und Ausarbeitung der Strategie durch den Gemeinderat. Und somit in einem weiteren Zwischenbericht bis Mitte Mai 2017 wieder an uns zu gelangen. Gerade auch aus dem Grund und in Anbetracht der heute reichhaltigen Traktandenliste möchte er nicht so weit ins Detail gehen. Der Bericht ist in der Fraktion kurz diskutiert worden. Die Fülle der umfangreichen Traktandenliste hat ergeben, dass sich die Fraktion hauptsächlich auf die Empfehlungen der Bau- und Planungskommission stützt, welche das Geschäft umfangreich betrachtet hat. Die CVP-Fraktion folgt allen Empfehlungen der BPK.

Beatrice Büschlen, Grüne / EVP bedankt sich für den ausgewogenen Bericht über ein komplexes Thema. Komplexität und Abhängigkeiten, der Nachholbedarf bei Investitionen, Unterhalt und die vorgeschlagene Priorisierung ist eher eine Auslegeordnung. Die laufenden oder zu planenden Prozesse werden inskünftig noch einiges zu Reden geben. Wegen der schon laufenden Projekte wie Schulraumplanung, Dorfplanung, Schloss- aber auch kantonale Planung beim Spiesshöfli usw. ist eine Priorisierung schwierig zu erreichen und kann sich auch jederzeit ändern. Das muss sie auch. Wenn der Gemeinderat teure Doppelspurigkeiten vermeiden möchte. Die Zahlenspielereien in der Tabelle auf Seite 25, das sich Ein-

lassen darauf, ist nicht zielführend. Die Preisannahmen für Verkäufe und auch realistische Angebote und Nachfrage, die sind jetzt schon überholt und sowieso nur theoretisch. Je nach Priorisierung der Projekte würden sich die Zahlen auch wieder ändern. Da kann man doch genauso gut eine Runde „Monopoly“ spielen. Die Grüne / EVP-Fraktion ist derselben Meinung wie die BPK, nämlich dass keine Grundstücke verkauft werden sollen. Gut verwaltet lassen sich jährliche Einnahmen von Baurechtszins, Mindereingaben beim Unterhalt und im Fall von installierter Photovoltaik-Anlagen ein zusätzlicher Gewinn durch Stromverkauf und weitere Minderausgaben generieren. Um flexibler künftige Aufgaben wie günstigen Wohnraum, Asylwesen, Schulen und Freizeit, aber auch Verwaltungsaufgaben zu eruieren, soll der Gemeinderat auch Zukäufe von Land und Gebäude in Betracht ziehen. Binningen braucht Familien mit Kindern, damit Binningen lebt. Junge Menschen, die noch kein Geld für teure Wohnungen haben – Binningen ist teuer – sollen möglichst in Binningen gehalten werden, damit das Verhältnis zwischen den Generationen ausgeglichen bleibt. Aber auch ältere Menschen, die seit Jahrzehnten in Binningen Steuern zahlen, vielleicht nicht viel, sind Menschen und keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Deshalb ist auch für die Erstellung von günstigem Wohnraum für alle Generationen zu achten. Das sollte bei Quartierplanungen nicht nur im Zusammenhang mit räumlicher Verdichtung mitgedacht werden. Genauso verhält es sich mit Liegenschaften, die allgemein kommunale Aufgaben zu erfüllen haben wie etwa Tagesbetreuung, Räume für Vereine und Institutionen. Erst wenn die lange geforderte Übersicht über den gesamten Gebäudezustand, Liegenschafts- Ein- und Ausgaben, Umsetzungsstrategien und ein erster Zwischenbericht vorliegt, erst dann ist eine Liegenschaftsstrategie erkennbar. Und dann kann man auch über eine Abschreibung der Motion 100 „Liegenschaftsstrategie“ nachdenken. Die Grüne / EVP-Fraktion wird deshalb den Antrag 4.5. der BPK ablehnen, ausser es gibt noch weiterführende Informationen dazu des Gemeinderats. Die anderen Anträge nimmt die Fraktion an und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Urs Brunner, SVP bedankt sich für den Bericht und unterstützt alle Anträge der BPK.

Roger Moll, Parteilos gibt zu bedenken, dass Liegenschaften in Gemeindeeigentum allenfalls auch im Baurecht zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies um sozial schwächeren Familien eine Möglichkeit für günstigen Wohnraum zu ermöglichen. Zum zweiten. Er hat nun schon zum „x-ten Male“ von dieser Zolli-Erweiterung vernommen. Sodann verweist er auf seine Beziehungen zum Zolli, die mitunter auch bis in die obersten Gremien reichen. Was er da bezüglich Bauvorhaben Zolli bisher gehört hat, ist, dass zunächst - und in erster Linie - das Ozeanium durchgeboxt werden muss, allenfalls mit einer Volksabstimmung. Zum Zweiten sind dann drei Erweiterungen und Erneuerungen von Tieranlagen geplant, eine davon steckt bereits in der Projektierung. Die Zolli-Erweiterung, wie sie sich eine solche Herr Spitz wünscht, entspricht eher einer riesengrossen Vision, solange, bis nämlich der Zolli nicht seine eigene Infrastruktur innerhalb vom Zolli-Gebiet erledigt hat.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli, Grüne beantwortet die Frage nach der Haltung punkto „Liegenschaftsverkauf“. Dazu gibt es konkrete Bestimmungen, die die Finanzkompetenzen regeln, antwortet sie. Wenn Sie diese ändern möchte, oder wenn Sie einen bestimmten Antrag haben, dann müssen Sie das entscheiden und bestimmen.

Der Einwohnerratspräsident schreitet zur Abstimmung...

Bei Punkt 8.4. meldet sich Daniel Zimmermann, FDP.

Im Verständnis des Antrags möchte er beliebt machen, dass man es trennt; man kann nicht den BPK-Antrag im Rat ergänzen. Nachdem es sich um einen SP-Antrag handelt, kann man separat darüber abstimmen lassen. Man könnte ja zum einen Befürworter sein und zum anderen eher eine ablehnende Haltung haben. Den Punkt kann man nicht zusammen formulieren, findet er.

Eduard Rietmann, Parteilos schlägt vor, dass man über den Vorschlag von Philippe Spitz als Gegenantrag zum BPK-Antrag abstimmt.

Philippe Spitz, SP möchte den Antrag der SP nicht als Misstrauensvotum gegenüber der BPK verstanden wissen. Im Gegenteil soll er die Stossrichtung unterstützen. Ziel ist es, dass der Zwischenbericht der BPK mit ganz bestimmten Zahlen kommt. So dass man genauer beurteilen kann, wo man steht. Das zwingt natürlich auch den Gemeinderat, sich selber Gedanken darüber zu machen, wo man steht. Es geht eigentlich mehr darum, dass man entsprechend haushaltet mit den Liegenschaften. Man kann das als Gegenantrag betrachten. Er möchte es als Ergänzungsantrag bezeichnen. Man muss darüber separat abstimmen. Er möchte ihn nicht der BPK unter "wurschtle", es ist einfach ergänzend zum BPK-Antrag.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker kommentiert, dass er den Antrag eigentlich auch als Ergänzung angesehen hat, er kann ihn aber auch als Gegenantrag zur Abstimmung kommen lassen.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP sieht das Vorgehen auch nicht als Gegenantrag sondern als Ergänzung an. Darin werden Zahlen verlangt, die dringend nötig sind und die schon in der ersten Vorlage der Liegenschaftsstrategie hätten vorgelegt werden müssen. Deshalb möchte sie allen empfehlen, den Antrag der SP aufzunehmen. Man kann ja eine zusätzliche Nummerierung schaffen, damit es den BPK-Antrag nicht konkurrenziert. Aber es sind Zahlen, die dringend benötigt werden, sie möchte beliebt machen, dass man den Antrag annimmt.

Christoph Maier, FDP weist darauf hin, dass die GRPK die Aufstellung, die in dem Antrag kommt, bereits vom Gemeinderat verlangt hat. Die Aufstellung hat die GRPK auch zugesichert erhalten. Es ist wirklich fraglich, ob man im Gesamtrat Kommissionsarbeit machen soll. Dann braucht es nämlich gar keine GRPK mehr, sondern dann kann man die Kommission auflösen und alles hier im Rat und im kleinsten Detail zusammen behandeln. Er betrachtet dies nicht als zielführend. Er sieht auch keinen Grund, weshalb die Zahlen nicht vorgelegt werden. Es wurde zugesichert, dass die Zahlen kommen. Aber man sollte das stufengerecht dort machen, wo es auch mit der nötigen Zeit, Kompetenz und Vertrauen behandelt werden kann. Er kann sich vorstellen, dass man auf diese Weise detailliertere Zahlen erhält, als wenn man diese jetzt hier, und in aller Öffentlichkeit, ausbreiten müsste. Er glaubt nicht, dass dies zielführend ist.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker erinnert Ch. Maier daran, dass viele Themen nochmals über den Rat kommen, bevor sie überwiesen werden. Man kann in dem Fall aber auch eine Direktüberweisung in Betracht ziehen. Die Möglichkeiten sind da.

Gaida Löhr, SP zeigt sich überrascht, dass Ch. Maier erst jetzt mit dem Thema kommt. Bei der Diskussion rund um den GRPK-Bericht wurde doch genau diese Frage gestellt, also „sollen wir es jetzt bringen, sooen wir es in den BPK-Bericht stellen“... Du hast dich aber nicht gemeldet, sondern erst jetzt. Dort haben wir beschlossen, dass es jetzt kommt. Deshalb kommt es auch jetzt, das ist das Eine. Das andere ist, die Forderung der GRPK ist 20 Jahre alt, das heisst, so wahnsinnig schnell hat der Gemeinderat bisher nicht reagiert. Anscheinend hat sie es auch verpasst in der GRPK, das man je eine klare Zusage dazu erhalten hat. Was dort steht ist schön, das ist von uns. Vom Gemeinderat hat sie das so deutlich nicht gehört. Sie findet, es braucht die Zahlen und sie müssen eingefordert werden.

Rahel Bänziger Grüne / EVP möchte Ch. Maier auf den Weg geben, dass der Entscheid nicht die Kommission trifft, diese hat eine vorberatende Wirkung. Wenn Sachen auftreten, können sie durchaus im Rat besprochen werden. Und wenn er sich nun schon so formalistisch verhält, so die e Rednerin, dann möchte sie sagen, dass man den ersten Bericht zur Kenntnis genommen hat. Man hat über keinen einzigen Antrag abgestimmt. Nun ist ein Antrag hinzugekommen. Sie findet ihn eigentlich bedenkenswert. A propos Formalismus, dazu möchte sie ergänzen, dass es mit dem Mitbericht überhaupt nicht funktioniert hat. Im vorliegenden Fall ist es so, dass die eine Kommission den Bau macht, die andere die Finanzen. Federführende Kommission wäre die BPK gewesen, die Mitberichtskommission die GRPK. Die BPK hätte eigentlich den Mitbericht in ihren Bericht integrieren müssen. Das hat sie nicht gemacht. Deshalb muss man einen Weg finden. Vielleicht gibt es jetzt ein Kuddelmuddel, aber wenn man das ganze pragmatisch anschaut, findet man eine Lösung. Ein nächstes Mal muss das Ganze genauer aufgegleist wer-

den, damit solche formalistische Fragestellungen im Rat vermieden werden können. Ein Auftrag ist besser, wenn man vor dem Legislaturwechsel steht. Auch wenn das die alte GRPK anscheinend so mit bekommen hat – sie kann sich auch nicht an eine solche verbindliche Aussage erinnern – dann denkt sie, dass ein Antrag besser ist, weil dann der Gemeinderat einen klaren Auftrag hat. Sie möchte jetzt gerne zur Abstimmung über den Antrag schreiten.

Philipp Spitz, SP findet, dass Ch. Maier in seinem Votum eigentlich nichts gesagt hat, was dagegen spricht. Er hat im Gegenteil erklärt, dass hat man ja schon im GRPK-Bericht. Und wenn er sich dann weiter erinnert, dann hat er eigentlich Ch. Maier so verstanden, dass dieser dagegen ist, dass alle Nichtmitglieder der GRPK Kenntnis von der Liste nehmen. Dagegen spricht eigentlich nichts. Er möchte es wie der Einwohnerratspräsident halten, der gesagt hat, dass man immer noch entscheiden kann, wer den Bericht erhält, es geht um Transparenz. Auch ist es ein Schnittstellengeschäft. Deshalb wurde ja der Mitbericht der GRPK mit der BPK ... es ist ein übergeordnetes Geschäft und deshalb findet er, dass es an alle gehen darf und nicht nur an die GRPK.

Der Ratspräsident lässt über die folgende Ergänzung abstimmen.

8.4. Dem Einwohnerrat wird bis spätestens Mitte Jahr 2017 in einem weiteren Zwischenbericht der aktuelle Stand der Weiterbearbeitung der Liegenschaftsstrategie aufgezeigt.

In diesem werden zusätzlich auch die realen oder geschätzten Mieteinnahmen der gemeindeeigenen Liegenschaften aufgelistet. Ebenso wird aufgeführt, in welchen Liegenschaften die Gemeinde für welche Aufgaben und in welcher Höhe Miete entrichtet.

Eduard Rietmann, Parteilos meldet sich. Er stellt die Frage, wie er verfahren soll, wenn er dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, dem Zusatz aber nicht.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker antwortet, dass E. Rietmann mit „Nein“ stimmen muss.

Eduard Rietmann, Parteilos / CVP fragt, ob man nicht zuerst über den Antrag und anschliessend über den Zusatz abstimmen lassen kann?

Einwohnerratspräsident Ch. Anliker willigt ein.

Antrag BPK:

8.4. Dem Einwohnerrat wird bis spätestens Mitte Jahr 2017 in einem weiteren Zwischenbericht der aktuelle Stand der Weiterbearbeitung der Liegenschaftsstrategie aufgezeigt.

://: einstimmig

Antrag Ergänzung SP, Philipp Spitz

In diesem werden zusätzlich auch die realen oder geschätzten Mieteinnahmen der gemeindeeigenen Liegenschaften aufgelistet. Ebenso wird aufgeführt, in welchen Liegenschaften die Gemeinde für welche Aufgaben und in welcher Höhe Miete entrichtet.

://: Ja: 20, Nein: 10, Enthaltungen: 8

Gaida Löhr, SP erläutert ihre Motion, die sie im Namen der SP eingereicht hat. Sie hatte ein Liegenschaftsmoratorium zum Ziel, bis zum Vorliegen eines Liegenschaftskonzepts. Nun liegt ein Zwischenbericht vor und eigentlich kein Konzept. Das wäre ein erster Grund für die SP-Fraktion, das Moratorium mehrheitlich nicht aufzuheben. Mirjam Schmidli hat die Frage beantwortet, dass wenn man die Kompetenz des Gemeinderats bei Liegenschaftsverkäufen einschränken möchte, dann muss man es machen. Wenn man es nicht macht, dann macht man es eben nicht. Das war für sie selber eine klare Aussage, dass keinerlei Bereitschaft da war, für ein sorgfältiges Vorgehen. Beatrice Büschlen hat von „Monopoly“ gesprochen, wenn wir zuhause Monopoly spielen, dann kaufen wir Liegenschaften. Wir verkaufen nie. Auf der vielzitierten Seite 25 sind neun Verkäufe vorgesehen. Das Geld soll verwendet werden, um an-

dere Häuser zu sanieren. Von Kauf keine Rede. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass Moratorium sollte noch weiter stehenbleiben.

Stefan Kaiser, FDP wenn er das Votum von G. Löhr hört und es damit vergleicht, was unter Punkt 8.4. bestimmt wurde, der besagt, dass Immobilienverkäufe als konkrete Vorlagen dem Einwohnerrat vorzulegen sind, dann hat er damit keine Probleme, die Motion abzuschreiben.

*Philipp Spitz, SP **) muss „leider den Formalisten raushängen“. Er verweist darauf, dass bei der vorherigen Abstimmung Simon Abt, SP nicht im Saal anwesend war. Deshalb kann man nicht von 37 Anwesenden sprechen. Und es wurde einmal gesagt, dass „grossmehrheitlich“ 39 zu 1 entspricht, dies zuhanden des Protokolls.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker erkundigt sich bei ihm, ob er nochmals darüber abstimmen lassen soll. Ph. Spitz verneint, ihm ist wichtig, dass es im Protokoll vermerkt wird. Das Resultat wird akzeptiert.

BESCHLUSS

- ://: 8.1. Die vorliegende Liegenschaftsstrategie (Geschäft Nr. 100 / 20.01.2015) wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.
- ://: 8.2. Die Empfehlungen und inhaltlichen Ergänzungen der BPK sind in die Weiterbearbeitung der Umsetzungsstrategien aufzunehmen und eventuelle Immobilienverkäufe sind als konkrete Vorlagen dem Einwohnerrat vorzulegen.
Ja: 36, Enthaltungen: 2
- ://: 8.3. Der Gemeinderat wird beauftragt als nächster Schritt die Umsetzungsstrategien mit konkreten Massnahmen zu erarbeiten. Dabei wird empfohlen, die Handlungsfelder der 1. Priorität anzuschauen.
Einstimmig.
- ://: 8.4. Dem Einwohnerrat wird bis spätestens Mitte Jahr 2017 in einem weiteren Zwischenbericht der aktuelle Stand der Weiterbearbeitung der Liegenschaftsstrategie aufgezeigt. *In diesem werden zusätzlich auch die realen oder geschätzten Mieteinnahmen der gemeindeeigenen Liegenschaften aufgelistet. Ebenso wird aufgeführt, in welchen Liegenschaften die Gemeinde für welche Aufgaben und in welcher Höhe Miete entrichtet.*
- ://: 8.5.*) Die Motion Nr. 100 „SP: Liegenschaftskonzept“ wird abgeschrieben und das Verkaufsmoratorium für Immobilien wird aufgehoben.
Ja: 19, Nein: 12, Enthaltungen: 2 - grossmehrheitlich
- ://: 8.6. Das Postulat Nr. 79 „CVP/GLP: Wohnzone Birkenweg“ wird abgeschrieben und die Parzellen 1329 und 1330 werden als Reserveland in der ÖW-Zone freigehalten.

Mitbericht der GRPK vom 2.6.2016

100A

BESCHLUSS

- ://: Der Mitbericht der GRPK wird zur Kenntnis genommen.
-

Energiestrategie Binningen

EINTRETEN

Beatrice Büschlen Grüne / EVP bedankt sich bei den Involvierten für den interessanten und informativen Bericht. Sie bezeichnet ihn als sinnvoll aufgebaut und auch für Laien verständlich gemacht. Am Energieapéro der AEW im Auftrag der Gemeinde Binningen, im April, hat man sich über das Thema informieren können. Leider hat sie selbst dort nicht sehr viele Einwohnerräte angetroffen. Die neuen Energiepolitischen Ziele Verbund und dem Kanton Baselland sind mit Bremsspuren übersät. Es wäre viel mehr machbar und es könnte schneller gehen. In Binningen ist aber mit dem Energiefonds schon längst einen Schritt weiter gegangen. Deshalb darf erwartet werden, dass die Zielwerte der Energiestrategie schon früher als 2025 erreicht werden. Die Grüne / EVP-Fraktion freut sich, dass auch der Einbezug der Schulen und die Weiterbildung von Schulabwarten im Energiethema mitgedacht werden. Ideal wäre es aber, das Wissen und die Kompetenzen der Schulbeteiligten auch zu vernetzen. Der Einbezug von Abwart, Schüler, Schülerinnen, Lehrpersonen, Schulleitung und Elterngruppen wird die Stellung der Abwarte stärken, die Teambildung fördern, Littering und Vandalismus reduzieren und hätte noch viel mehr Vorteile. Beim ÖV ist Binningen gut bedient. Nur nutzt es nichts. Wenn das Tram und der Bus im Motorfahrzeugverkehr steckenbleiben, dann geht sowieso nichts mehr. Überkommunal und Überkantonal besteht hier ein grosser Handlungsbedarf, man sollte auch mit Baselstadt sprechen. Ein erster Test wird im Frühling 2017 stattfinden, dann, wenn Basel den Dorenbachkreisel saniert. Die Grüne / EVP bittet den Gemeinderat dringend, die nötigen Entlastungsmassnahmen und Informationen an die Bevölkerung zu dem Thema bald zu liefern. Finanzierung von Testabo für ÖV und E-Mobility über den Energiefonds als Umsteigeanreiz, findet ihre Fraktion eine gute Idee. Kriterien dafür dürften aber sicher eine Knacknuss bilden. Auch beim Beschaffungswesen kann einiges an Geld und Energie eingespart werden. Bei Ausschreibungen erwartet die Grüne / EVP-Fraktion Berücksichtigung der Umweltstandards, schon jetzt. Der Kriterienkatalog einer Ausschreibung ist dafür der beste Ort. Deshalb sollten die Richtlinien für eine nachhaltige Beschaffung früher ausgeschafft werden, wie 2018. Die Grünen / EVP werden in der nächsten Legislatur weitere Vorschläge bringen um die Energiestrategie zu beschleunigen. Die Energiestrategie mit der Bestandesaufnahme wird vorläufig – mit Betonung auf vorläufig – das Aktivitätenprogramm 2017 – 2018 zur Kenntnis. Auch mit der Abschreibung des Postulats ist ihre Fraktion einverstanden.

Pascal Treuthardt, FDP beschreibt die Energiestrategie Binningen als eine Mischung zwischen den Zielen des Bundesrats, der Energiepolitik des Kantons und noch vielen Absichtserklärungen. In vielen Bereichen wäre Binningen vielleicht sogar mit der Energiestrategie von Bottmingen deckungsgleich, dank der Altholzverbrennungsanlage, mit wenigen Änderungen sogar fast mit jeder Gemeinde im Baselbiet. Daher leider etwas beliebig. Das keine Windräder darin vorkommen mag politisch begründet sein, in Sachen Mobilität ist es schade, dass die direkte Nähe zum Bahnhof oder zum Flughafen nirgends erwähnt wird. Ein Grossteil der Menschen pendelt mit dem Auto oder mit dem Zug zum Arbeitsplatz, von Binningen aus, auch darüber steht über das Auto oder den Zug sehr wenig. Nicht einmal die GA Tageskarten, die in Binningen noch etwas besonders sind, kommen in dem Geschäft vor. Also, im Grossen und Ganzen ein bisschen schade, aber es gibt auch positive Aspekte. Die FDP-Fraktion ist sehr begeistert über das Aktivitätenprogramm 2017-2018. Die beiden Seiten sind für seine Fraktion eigentlich das Wesentliche. Dort hat seine Fraktion gesehen, wo die Strategie hinführt und was man die nächsten Jahre tatsächlich machen wird. In diesem Sinne hat die FDP auch einen Antrag formuliert, dass man gerne einen Statusbericht auf Ende 2017 vom Gemeinderat hätte, genau zu den beiden Seiten. Damit man überprüfen kann, wie es vorwärtsgegangen ist bzw. noch wird. Der Antrag liegt dem Ratspräsidenten vor.

Brigitte Strondl, SP bei der Energiestrategie ist im Vordergrund gestanden, dass die Energieeffizienz gesteigert und die Erneuerbaren Energien gefördert werden müssen, was ganz im Sinne der SP ist. Beim heutigen Energiebedarf der Gemeinde wird aufgezeigt, dass der Wärmebedarf dominiert, der Gesamte-

nergiebedarf zu 51 Prozent mit nicht erneuerbaren Energien wie Erdgas und Heizöl gedeckt sind. Mit der vermehrten Nutzung von Umweltwärme, dem neuen Holzheizkraftwerk von Bottmingen, der Solar-energie, die gefördert werden soll und mit der Abwärme, kann vorhandenes Potential genutzt werden. Der Energiefonds unterstützt die Gebäudesanierungen oder Neubauten mit vorbildlicher Wärmedämmung. So trägt er dazu bei, dass im Bereich der Raumwärme der Energiebedarf sinkt. Bis ins Jahr 2030 will der Kanton Baselland den Anteil an Erneuerbaren Energien auf mindestens 40 Prozent steigern. Der Landrat hat vergangene Woche dem neuen Energiegesetz zugestimmt. Die Gemeinde wird optimale Zusammenarbeit mit dem Kanton, den angrenzenden Gemeinden und auch mit der Stadt anstreben müssen. Wobei ihr dabei ihre Leitsätze nützlich sein werden. Das sich die Gemeinde an der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft orientiert, ist loblich aber auch sehr anspruchsvoll, soll doch der Energiebedarf auf einen Drittel des heutigen Bedarfs reduziert werden. Mitgliedschaft beim Trägerverein Energiestadt kann ihr hier auch von grossem Nutzen sein. Insgesamt erachtet die SP-Fraktion die Ziele und die festgelegten Schwerpunkte als sinnvoll. Dennoch gibt es Themen, die erörtert werden sollten. So müsste beispielsweise bei der Mobilität berücksichtigt werden, dass Binninger Höhe und das Bruderholz nur in geringem Masse erschlossen sind. Die Gemeinden Bottmingen und Oberwil mit ihrem Ortsbus haben das erkannt und den Ortsbus eingeführt. Die Nutzung gemäss Zonenplan sollte auch bei Bauten die bsp. Minergie-P-Standard erfüllen eingehalten werden, damit auch Grünflächen nicht überbaut werden, was für die Umwelt schädlich wäre. Eine Ausnahme könnte man sich bei der Höhe der Gebäude überlegen. Ein weiteres Thema könnte die Beteiligung am Kunststoffrecycling sein. Die SP-Fraktion unterstützt auch den Antrag, dass man Ende Jahr 2017 einen Zwischenbericht bringt. Die Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Vorlage.

Thomas Hafner, CVP möchte beifügen, dass sich die CVP-Fraktion für das sehr umfangreiche Dossier bedankt. Seine Fraktion wird der Kenntnisnahme zustimmen.

Gemeindepräsidentin Mirjam Schmidlin, Grüne bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäfts und die vielen genannte interessanten Ideen, die geprüft werden. Ihr ist es wichtig, zu betonen, dass mit den verschiedenen Unterlagen wie Strategie, Zielsetzung und Schwerpunkte, mit der Standortbestimmung bei der Beurteilung der bisherigen Leistungen und mit dem Aktivitätenprogramm, Grundlagen geschaffen, für die Verwaltung und den Gemeinderat für künftige Entscheidungen im Energiebereich fällen zu können. Somit kann die neue Legislatur kann mit den konkreten Massnahmen aus der Energiestrategie starten können. Auch wird es einen Zwischenbericht geben.

BESCHLUSS

- ://: 9.1. Die Energiestrategie Binningen mit der Bestandesaufnahme sowie dem Aktivitätenprogramm 2017 – 18 werden zur Kenntnis genommen.
 - ://: 9.2. Das Postulat 141 Kommunale Energieplanung wird als erledigt abgeschrieben.
 - ://: 9.3. Dem Einwohnerrat ist über das Aktivitätenprogramm per Ende 2017 ein Statusbericht vorzulegen.
-

Traktandum 10

Nr. 204

APH Schlossacker: Bauabrechnung

BESCHLUSS

- ://: Die Behandlung des Geschäfts wurde verschoben.
-

Reglement über die Entschädigung von Entlastungsleistungen an die Pflege und Betreuung zu Hause**BESCHLUSS**

://: Die Behandlung des Geschäfts wurde verschoben.

Traktandum 12**Nr. 186****Postulat G. Löhr, SP und S. Keller, SVP: Mobile Jugendsozialarbeit****BESCHLUSS**

://: Die Behandlung des Geschäfts wurde verschoben.

Traktandum 13**Nr. 187****Postulat SP und Grüne / EVP: Konkretisierung der gesetzlichen Grundlagen zur konsequenten Umsetzung des Verbots sexistischer Plakatwerbung****BESCHLUSS**

://: Die Behandlung des Geschäfts wurde verschoben.

Diversa

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP, informiert den versammelten Einwohnerrat (auf Schrift-Deutsch) über folgende Tatsache:

„Der Einwohnerrat hat am 25. Januar 2016 mit Geschäft 188 einen Kredit für dringend notwendige Provisorien an den Standorten Meiriacker und Mühlematt von rund einer Million Franken genehmigt. Leider sind in den letzten Wochen diverse zusätzliche Problemstellungen aufgetaucht, welche die beiden Projekte deutlich verteuern werden. Aktuell gehen wir davon aus, dass Mehrkosten von bis zu CHF 600 000 entstehen werden und damit die Kreditlimite von +/- 10 Prozent deutlich überschritten wird. Es ist dem Gemeinderat ein Anliegen, Sie möglichst zeitnah und transparent über die aktuelle Situation zu informieren. Woraus resultieren die Mehrkosten? Beim Standort Mühlematt hat sich herausgestellt, dass der Baugrund nicht den erforderlichen Lasten standhält. Würde das Provisorium mit den geplanten Streifenfundamenten erstellt, würde die Gefahr des seitlichen Absinkens des Gebäudes entstehen. Die Abklärung mit dem Bauingenieur haben ergeben, dass in Anbetracht der engen terminlichen Vorgaben als günstigste Variante ein Bodenersatz im Bereich des Bauwerks vorzunehmen ist. Dabei müssen ca. 2000 Kubikmeter Lehmboden lose abgeführt werden und durch tragfähiges Kiesmaterial ersetzt werden. Zusätzlich muss anstelle von Einzelfundamenten eine Bodenplatte erstellt werden. Daraus ergeben

sich Totalmehrkosten von rund CHF 350 000 bei der Erstellung sowie Mehrkosten beim späten Rückbau von CHF 100 000.

Beim Standort Meiriacker sind es ebenfalls die Fundamente die aufgrund der grossen Angriffsfläche (Windlasten) deutlich wuchtiger und damit teurer werden. Hier rechnen wir aktuell mit Mehrkosten von rund CHF 100 000 bei der Erstellung und beim späteren Rückbau. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass uns die Bodenbeschaffenheit und falsche Annahmen bei der Kalkulation der benötigten Fundamente einen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Dies wäre möglicherweise durch intensivere Vorabklärungen zu vermeiden gewesen. Was jedoch aufgrund der Dringlichkeit leider schlichtweg nicht möglich war. Zum weiteren Vorgehen: In erster Linie geht es jetzt darum, trotz den aufgetretenen zusätzlichen Problemen die rechtzeitige Fertigstellung aller benötigten Schulräume sicherzustellen. So dass am 15. August 2016 der Schulbetrieb für alle Schülerinnen und Schüler planmässig aufgenommen werden kann. Parallel dazu wird ordnungsgemäss eine Einwohnerratsvorlage für den benötigten Nachtragskredit erarbeitet, so dass dieses unerfreuliche Geschäft an der nächsten ordentlichen Sitzung des Einwohnerrats, am 12. September, behandelt werden kann. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme“.

Der Einwohnerratspräsident bedankt sich für diese Information und verabschiedet anschliessend Gemeinderäte Urs-Peter Moos, Heidi Ernst und Mirjam Schmidlin, die das letzte Mal dabei waren (es handelt sich um die letzte Sitzung der Legislatur XI). Er bedankt sich bei Ihnen für Ihr Mitwirken im Einwohnerrat und wünscht Ihnen für die Zukunft ohne den Einwohnerrat viel Vergnügen, viel Glück und nur das Beste.

(Applaus)

Sodann verabschiedet er die einzelnen Einwohnerräte, bei denen die Amtszeitbeschränkung eine Rolle spielt, weil sie nicht mehr gewählt wurden oder weil sie nicht mehr antreten. Es sind das folgende:

Silvia Bräutigam, seit 2005 im Einwohnerrat, seitdem auch Mitglied der GRPK, seit 2010 Fraktionspräsidentin der CVP und Präsidentin der Spezko Tagesschulen. Er wünscht ihr für die Zukunft alles Gute (Applaus).

Er verspricht allen weiteren genannten einen Gutschein, den er am Schluss allen persönlich geben wird.

Peter Buess, Amtsantritt 1.7.2008, aktuell Ersatzmitglied der BPK, lebender Beweis, dass auch Platz hat für kleine Parteien, das ist das schöne an unserer Demokratie, der Einwohnerratspräsident hat seine Inputs immer als sehr wertvoll empfunden. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. (Applaus).

Stefan Glaser, sei 1.7.2012 im Einwohnerrat, Ersatzmitglied der BPK und der GRPK, als Parteiloser war der Rat auch immer dankbar um seine Voten, so der Ratspräsident. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. (Applaus).

Patricia Kis, verlässt nach kurzer Zeit wieder den Einwohnerrat, da sie für die letzten beiden Sitzungen für Markus Ziegler nachgerückt war. Leider gab es zu wenig Zeit, für ein Kennenlernen. Er wünscht ihr dennoch für die Zukunft alles Gute. (Applaus).

Roger Moll, gemäss Webseite hat er den Amtsantritt schon am 1.2.2005 gehabt. Eine lange Zeit. Vorher war er schon tätig, als Einwohnerratspräsident. Aktuell ist er Ersatzmitglied der BPK. Der Ratspräsident hat es sehr geschätzt auch von Parteilosen Informationen und Voten zu hören, die mal etwas weniger durch ein Parteiprogramm gesteuert worden waren. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

(Applaus).

Anne Platten, Amtsantritt am 1.4.2011, Mitglied der BPK sowie Ersatzmitglied der GRPK, sowie tätig in diversen Spezkos.

Er bedankt sich auch bei ihr wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

(Applaus).

Philipp Schaub, der nicht da ist, hat fast eine ganze Legislatur gemacht.

Jean-Bernard Urech, Amtsantritt 1.7.2015, Ersatzmitglied der GRPK, auch er war schon einmal im Einwohnerrat.

Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

(Applaus).

Carolle von Ins, Amtsantritt am 1.2.2013, Ersatzmitglied der GRPK.

Er bedankt sich bei ihr, auch für die interessanten Voten und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

(Applaus).

Silvia Winkelmann, Stimmenzählerin, Amtsantritt 30.6.2014, Ersatzmitglied BPK

Er bedankt sich auch bei ihr wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

(Applaus).

Der Ratspräsident bitte die Gewürdigten anschliessend auf die Bühne, für die Übergabe der Büchergutscheine (Wert CHF 50).

Anschliessend ergreift der Ratspräsident nochmals das Wort und möchte ein Versäumnis der GRPK nachholen, nämlich die offizielle Verabschiedung von Eduard Rietmann, seines Zeichens GRPK-Präsident. Der Ratspräsident spricht im Namen der GRPK einen Dank aus, für den grossen Einsatz von E. Rietmann in der GRPK und auch für seinen Durchhaltewillen, denn es waren viele Sitzungen mit hitzigen Diskussionen, auch war es bestimmt nicht immer einfach, für den GRPK-Präsidenten. Der Ratspräsident bedankt sich nochmals und wünscht ihm alles Gute. Dann überreicht er ihm einen Blumenstrauss im Namen der GRPK.

(Applaus).

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass auch Eduard Rietmann den Einwohnerrat verlässt und einen Büchergutschein (CHF 50) erhalten hat.

Dann erfolgt die Verabschiedung von Jürg Humbel. Jürg ist schon seit dem 1.1.2004 im Einwohnerrat und aktuell Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, sowie auch langjähriger Präsident des Stimmenzählbüros. Nicht nur in Deiner Funktion als Präsident der Stimmenzähler, bist Du in Erscheinung getreten, sondern es gab auch Sachen wie Bottmingen bzw. Gartenbad, wo Du auch immer wieder in die Rechnung geschaut hast. Herzlichen Dank für diesen Einsatz. Als Erinnerung ans Stimmen zählen ich Dir symbolisch die drei Stimmkarten in grün, gelb und rot übergeben. Bei Rot kommt mir spontan Fussball in den Sinn. Möglicherweise bin ich dabei etwas beeinflusst durch die Fussball-EM. Wenn man diesen Bogen schlagen möchte, dann möchte ich Dir aber von der Gemeindeordnung her die rote Karte zeigen; denn Du, Jürg Humbel, hast vier Legislaturperioden hinter Dir, und Du darfst leider nicht mehr weitermachen. Ich persönlich bedauere das sehr. Vielen Dank für Dein Mitwirken und das Geleistete. Dir die gelbe Karte zeigen, für das eine oder andere Resultat das nochmals ausgezählt werden musste oder wie heute Abend, für die eine oder andere Unstimmigkeit, finde ich etwas hart. Ich zeige Dir lieber die gelbe Karte für alle jene, die ihre Karten nicht richtig erhoben haben. Das ist eine

Verwarnung an den Rat, bitte macht es in Zukunft besser. Die grüne Karte möchte ich Dir, mit der Definition aus dem Internet übergeben. Dort heisst es: Die Farbe grün gilt als neutrale Heilfarbe, die keinerlei körperliche Beschwerden oder Gegenreaktionen hervorruft. Sie lässt Kräfte sammeln und bringt Regeneration. Grün vermittelt Augenruhe, der Blick ins Grüne ist niemals anstrengend und stärkt das Auge für alle anderen Eindrücke. Lieber Jürg alles Gute für die Zukunft. Danke vielmals, schliesst der Ratspräsident.

(Applaus)

Jürg Humbel bedankt sich (ist auf der Audioaufnahme akkustisch nicht vollständig verständlich)

Es meldet sich Vizepräsidentin Susanne Tribolet, SP, die Christoph Anliker als Einwohnerrat und als Einwohnerratspräsident verabschieden möchte, mit folgenden Worten:

Du warst ein Jahr lang höchster Binniger und hast sieben Einwohnerratssitzungen geleitet, heute war es eine etwas Längere. Du hast effiziente Sitzungen geleitet, ab und an musstest Du den einen oder anderen daran erinnern, dass er sein Recht auf freie Meinungsäusserung nicht zu sehr strapazieren sollte. Und auch, dass man die Zeit von fünf bzw. zwei Minuten Redezeit nicht überschreiten sollte. Du hast die Einwohnerräte jeweils ausreden lassen, so dass die unterschiedlichen Meinungen auf den Tisch gekommen sind. Du hast auch oft „es füfi lo grad sy“, etwa beim Stichentscheid, im letzten September, als Du das Transparenz nicht abnehmen lassen hast, so dass die Sitzung pünktlich beginnen konnte. Dir sind die demokratischen Rechte und die freie Meinungsäusserung sehr wichtig, dass hast Du mehrmals betont und auch durchblicken lassen, ich denke, Du lebst das auch. Es ist das heute nicht nur Deine letzte Sitzung als Einwohnerratspräsident sondern eben auch als Einwohnerrat. Du darfst in Zukunft nicht mehr im Saal debattieren, so wie dies in den letzten beiden Legislaturperioden der Fall war. Du bist seit dem Sommer 2008 Einwohnerrat, warst gleich sofort in der GRPK und in allen Spezkos. Ausserdem warst Du auch Fraktionspräsident der SVP. Du warst acht Jahre lang ein aktiver, engagierter Einwohner. Jetzt gehst Du nicht „einen Stock tiefer“ sondern Du musst zuhören, Fragen beantworten, Du wechselst die Seiten und wir hören und sehen die in Zukunft als Gemeinderat. Vielen Dank für Deinen grossen Einsatz, alles Gute und wir freuen uns Auf Geschäfte, die in Zukunft auch Deine Handschrift tragen werden.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker bedankt sich für die Worte von Susanne Tribolet und ergänzt, dass er es im Einwohnerrat sehr genossen hat. Jetzt freut er sich auf seine Aufgabe als Gemeinderat, mit dem neuen Einwohnerrat. Er wünscht allen schöne Sommerferien und lädt anschliessend zum Apéro ein.

Die Sitzung endet um 22.06 Uhr

Die nächste ordentliche Sitzung findet statt am Montag, 12. September 2016, 19.30 Uhr.